

Yuliya von Saal
KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte

Band 100

Oldenbourg Verlag München 2014

Yuliya von Saal

KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion

Demokratisierung, Werteumbruch
und Auflösung 1985–1991

Oldenbourg Verlag München 2014

Lektorat: Gabriele Jaroschka
Herstellung: Karl Dommer
Einbandgestaltung: hauser lacour

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d.nb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 143, D-81671 München
www.degruyter.com/oldenbourg
Ein Unternehmen von De Gruyter

Gedruckt in Deutschland

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-70510-2
eISBN 978-3-486-75787-3
ISSN 0481-3545

Inhalt

Danksagung	IX
I. Einleitung	1
1. Fragestellung	1
2. Forschungsstand und Eingrenzung des Themas	8
3. Untersuchungsmethode	15
4. Akteurs-Ebenen: Parteistaat und informelle Öffentlichkeit	21
5. Quellen	31
II. Internationales Umfeld und Beginn der Perestroika	37
1. Transnationale Sozialisation: Der KSZE-Prozess vor 1985	37
1.1 Der Pyrrhussieg der UdSSR: Die Schlussakte von 1975	37
1.2 Der KSZE-Prozess im „Gewand“ der Menschenrechte	43
2. Gorbachevs erste Korrekturen in der Innen- und Außenpolitik, 1985–1987	49
2.1 Die Perestroika als Versuch der Systemrevitalisierung: „Beschleunigung“, „Faktor Mensch“ und „Glasnost“	50
2.2 Instrumentelle und ideelle Motive des Umdenkens in der sowjetischen KSZE-Politik	54
2.3 Ziel- und Strategiewechsel in der sowjetischen KSZE-Politik	59
„Von der Verteidigung zum Angriff“: die KSZE-Expertentreffen in Ottawa (1985) und Bern (1986) (61) – Die „rhetorische Wende“ auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien (64) – Der Forderungskatalog der westlichen Staaten an Moskau (68)	
III. Die innenpolitischen Folgen des KSZE-Prozesses: Von der kontrollierten zur eigendynamischen Liberalisierung und die „Macht“ der Menschenrechtsnormen (1986–1989/1990)	79
1. Die Befreiung der Gesellschaft und der Machtverlust der KPdSU	79
1.1 Die begrenzte Mobilisierung des „Faktors Mensch“	80
1.2 Die Herausbildung der informellen Gruppen	86
1.3 Die Informellen und die KSZE	100
1.4 Die Reaktionen des Machtapparates: Widersprüchlichkeit der Umgangsformen	111

2.	Die Erweiterung von glasnost: Meinungs- und Pressefreiheit der informellen Medien	119
2.1	„Mehr Licht!“: Lockerung der Zensur	120
2.2	Die Herausbildung des „Zweiten Samizdat“ seit 1987 und der Verlust des Informationsmonopols durch die KPdSU	127
2.3	Der Samizdat als Musterbeispiel für die Meinungs- und Pressefreiheit	134
2.4	Irritation als Reaktion: staatliche Umgangsformen mit dem Phänomen der informellen Presse	143
3.	Reisefreiheit – Ausreisebewegungen und die Entkriminalisierung der Emigration	150
3.1	Die Liberalisierung der sowjetischen Ausreisepolitik unter Einfluss der multilateralen Diplomatie	150
3.2	Der Massenexodus aus der Sowjetunion	161
3.3	Die KSZE als Referenz: Emigrationsbewegung und Forderungen nach gesetzlichen Garantien der Reisefreiheit	163
4.	Selbstbestimmungsrecht der Völker: das Streben der Balten nach Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit	171
4.1	Emotionalisierung und Mobilisierung des nationalen Widerstands durch die lettische „Helsinki-86“-Gruppe	174
4.2	Die Volksfrontbewegungen: Ziele, Strategien und Folgen	183
4.3	Die KSZE als Forum und Instrument – Internationalisierung der „Baltischen Frage“ via KSZE 1989/1991	197
4.4	Der Domino-Effekt des Nationalen „Spill-Over“	202
5.	Mobilisierung der Opposition, Menschenrechtsdialog und Verlust der Kontrolle	209
5.1	Erstarkung der Gegengesellschaft und Verdrängung der staatlichen Deutungsmacht im Sommer 1988	209
5.2	Die Menschenrechtskommission von Fedor Burlackij und die Enttabuisierung des Menschenrechtsdiskurses	225
5.3	Vom Kollektiv zum Individuum: der Werteumbruch und die Entsakralisierung des Systems	234
5.4	Parteiinterne Widerstände und die Aufwertung völkerrechtlicher Normen	242
6.	Politische Reformen und Legitimationskrise der KPdSU	253
6.1	Die XIX. Parteikonferenz	253
6.2	Die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989 – eine Massenmobilisierung gegen das Parteiestablishment	262
6.3	Der Wertediskurs und das Ende der Parteeinheit im ersten Volksdeputiertenkongress	270
6.4	Die Radikalisierung der gesellschaftlichen Bewegung	287

7. Zwischenfazit	297
IV. Die wechselseitige Beschleunigung von KSZE-Prozess und innerstaatlicher Demokratisierung und der Zusammenbruch der Sowjetunion, 1989–1990/1991	305
1. Die Wirkung der Perestroika auf den KSZE-Prozess	305
1.1 Die Preisgabe sowjetischer Positionen auf dem KSZE-Treffen in Wien, 1988/1989	305
1.2 Der KSZE-Prozess als Vehikel demokratischer Reformen – die Rezeption des Schlussdokuments von Wien in der UdSSR	315
2. Demokratisierung durch die Implementierung der KSZE-Normen und der Zusammenbruch der Sowjetunion	321
2.1 Die Umsetzung der KSZE-Bestimmungen in nationales Recht ...	322
2.2 Die Vertiefung des KSZE-Prozesses vor dem Hintergrund von Gorbachevs „Wende nach rechts“	334
2.3 Das Endspiel: Die KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension in Moskau . im Schatten des August-Putsches und die Implosion der Sowjetunion 1991	350
V. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick	357
1. Fazit	357
2. Ausblick	366
VI. Anhang	373
1. Abkürzungsverzeichnis	373
2. Quellen- und Literaturverzeichnis	377
3. Gruppenverzeichnis	398
4. Personenverzeichnis	402

Danksagung

Die folgende Studie ist eine überarbeitete Fassung meiner im Wintersemester 2011/2012 im Fach Osteuropäische Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg eingereichten Dissertation. Die Untersuchung stellt ein Teilprojekt des von der Leibniz-Gemeinschaft geförderten Kooperationsprojektes „Der KSZE-Prozess: Multilaterale Konferenzdiplomatie und die Folgen (1975–1989/91)“ dar, welches das Institut für Zeitgeschichte in Kooperation mit den Lehrstühlen von Prof. Dr. Soutou (Universität Paris IV) und Prof. Dr. Altrichter (Universität Erlangen-Nürnberg) in Form eines Doktoranden-Kollegs initiiert hat. Dass ich an diesem mehrjährigen Vorhaben teilnehmen und es mit dem vorliegenden Buch abschließen konnte, verdanke ich zahlreichen Personen und Institutionen.

Für das mir entgegengebrachte Vertrauen, für intensive Gespräche, Kritik und Anregungen möchte ich mich vor allem bei den Projektbetreuern, Herrn Prof. Dr. Helmut Altrichter, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller, Herrn Prof. Dr. Udo Wengst, Herrn Prof. Dr. Herman Wentker und Herrn Prof. Dr. Georges-Henri Soutou sowie meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Projekt bedanken. Die vielen Kolloquien in Berlin und München, bei denen sie meine Forschungsarbeit stets interessiert verfolgt und besprochen haben, waren für mich sehr lehrreich und inspirierend. Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Helmut Altrichter, – für das mir entgegengebrachte Vertrauen, für immer hochinteressante Gespräche, für seine stete Unterstützung und die mir gegebene Chance, Forschung und Familie zu vereinbaren. Für eine angenehme Arbeitsatmosphäre und fachliche Diskussionen danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der FAU Erlangen-Nürnberg.

Ein herzlicher Dank geht an die vielen Archivare, auf deren Wissen und Hilfe ich in allen besuchten Einrichtungen zählen konnte. Hervorzuheben sind hierbei das Archiv der informellen Pressezeugnisse an der Öffentlichen Historischen Staatsbibliothek in Moskau und das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen, insbesondere deren jeweilige Leiter, Frau Elena Strukova und Herr Gabriel Superfin. Bedanken möchte ich mich nicht zuletzt beim Sacharov-Archiv, beim Archiv von Alexander Jakovlev und bei Dmitrij Borko sowie Aleksej Pjatkovskij für die Bereitstellung der Fotos für die Publikation des Buches.

Viele weitere Personen haben die Fertigstellung dieser Studie begleitet, mich ermutigt und mit Anregungen unterstützt. Für ihre kritische Lektüre und Aufspüren von Fehlern danke ich vor allem Silke, Matthias, Lilia, Gunter, Olena und Giles. Für die professionelle Überarbeitung des Manuskripts gilt mein Dank Frau Dr. Katja Klee und Angelika Reizle. Für die Übernahme des Zweitgutachtens bin ich Herrn Prof. Dr. Stefan Karner dankbar. Herrn Prof. Dr. Udo Wengst, Herrn Dr. Magnus Brechtken und Frau Gabriele Jaroschka vom Oldenbourg Verlag danke ich für die weitere Betreuung des Manuskripts, das hiermit nun als Buch vorliegt.

X Danksagung

Vor vielen Jahren hatte Dr. Jürgen Zarusky in mir das Interesse am Fach Geschichte geweckt und dieses zur echten Freude am Forschen fördernd wachsen lassen. Auf vielfältige Weise verdanke ich ihm meinen wissenschaftlichen Werdegang und dieses Buch. Von Anfang an hat er mein Dissertationsprojekt interessiert und unterstützend begleitet und für viele Probleme ein offenes Ohr gehabt. Dafür bin ich ihm zu großem Dank verbunden.

Am meisten danke ich aber meiner Familie, meinem Mann und meiner Tochter.

München, im März 2013

Yuliya von Saal

I. Einleitung

1. Fragestellung

„1. August 1975 – dieses Datum wird für immer mit goldenen Buchstaben in der Schrifttafel der Geschichte Europas eingraviert bleiben.“ So beginnt der sowjetische Propagandafilm „Der große Tag Europas“, der anlässlich der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) durch die 35 Regierungschefs in Helsinki gedreht wurde und ein Bild vom Ende des Kalten Krieges zeichnet.¹ Kein Geringerer als Lenin erscheint in diesem Film als der geistige Vater des Prinzipienkatalogs, auf den sich die Teilnehmerstaaten, natürlich unter der angeblichen Federführung der Friedensmacht UdSSR, im Teil I der Schlussakte einigten. Die Szenen mit aufgeregten Bewohnern der Hauptstadt Finnlands, die dem Generalsekretär der KPdSU samt Eskorte einen begeisterten Empfang bereiten, mit zahlreichen auf Leonid Brežnev gerichteten Kameras, mit Journalisten, die jedem Wort seiner Rede im Helsinkier Kongresssaal lauschen, mit den von westdeutschen Demonstranten hochgehaltenen Transparenten, auf denen sie Brežnev danken, stilisieren in diesem „Dokumentarfilm“ den sowjetischen Generalsekretär zum großen Friedensstifter Europas, dem die Vorbereitung und die Durchführung der KSZE und eine neue Phase der Entspannung im Ost-West-Konflikt zu verdanken seien.

Doch die Entspannung währte nicht lange, und statt als ein Mann der Détente in den Geschichtsbüchern verewigt zu werden, hinterließ Leonid Brežnev das Bild eines bornierten Gerontokraten, der die Sprengkraft der im KSZE-Schlussdokument verbrieften bürgerrechtlichen Garantien unterschätzte und statt der von ihm erwünschten Anerkennung der Teilung Europas durch das Prinzip III im Korb I der KSZE-Schlussakte (der Unverletzlichkeit der Grenzen) in der langfristigen Perspektive die Einigung des Kontinents sowie den Untergang der UdSSR samt der sozialistischen Staatsordnungen im ganzen Ostblock herbeiführte. 1975 glaubte aber die UdSSR, sich die ohnehin schon früher vielfach unterschriebenen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte (in der UN-Charta von 1945, in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN von 1948, im Internationalen Pakt der UN über Bürgerliche und Politische Rechte 1966) leisten zu können. Die zugleich erreichten Vereinbarungen bei den vertrauensbildenden Maßnahmen sowie in der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit schienen die eingegangenen und aus Sicht der Parteiführung beherrschbaren Risiken aufzuwiegen. Die KSZE-Schlussakte stellte keinen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag dar und enthielt das Prinzip VI (Nichteinmischung in innere Angelegenheiten), mit dem man im Kreml hoffte, jegliche Kritik abwehren zu können.²

¹ Bol'soj den' Evropy, Regie: V. Troškin, UdSSR 1975.

² Text: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte, <http://www.osce.org/node/39503> oder in gedruckter Form in: Schweisfurth, Theodor (Hrsg.): KSZE.

Schließlich standen die Menschenrechte damals weder auf der Agenda der internationalen Beziehungen noch im Mittelpunkt der neuen europäischen Sicherheitsstruktur. Moskaus Optimismus war außerdem insofern nicht ohne Grund, als die europäische Sicherheitskonferenz ein ursprünglich primär sowjetisches Projekt darstellte, zu dessen Verwirklichung die Sowjetunion seit den 1950er Jahren mehrere Anläufe unternahm und das man auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs in der Atmosphäre der „gedämpften Erwartungen“³ der 1970er Jahre mit tiefer Skepsis oder gar als Aufgabe westlicher Positionen bewertete. Die weltpolitische Lage schien sich wirklich zu Gunsten der Sowjetunion verschoben zu haben. Die Reputation der Supermacht USA war infolge des Vietnamkrieges (1965–1975) gesunken. Ihre internationale Vorherrschaft schwächte sich ab, während der Einfluss der Sowjetunion in den Ländern der Dritten Welt, etwa durch die Dekolonisierungswelle in Afrika, zunahm. Das öffentliche Versagen der kapitalistischen demokratischen Welt demonstrierten die Nixon-Affäre (1973), der Zusammenbruch des westlichen Währungssystems von Bretton Woods, die wirtschaftliche Rezession und die Ölkrise von 1973. Letztere führte zu einer Vervierfachung des Wertes der sowjetischen Öl- und Erdgasvorkommen. Während im westlichen Europa die allgemeine wirtschaftliche Prosperität und das „goldene Zeitalter“⁴ zu Ende gingen, stieg der Lebensstandard in der UdSSR auf ein früher noch nie gekanntes Niveau an.⁵ Auch im Rüstungswettlauf holte die Sowjetunion unter Brežnev mit Hilfe eines finanziell aufwendigen Programms gegenüber den USA auf. Mit dem scheinbaren Erreichen eines Gleichgewichts der Großmächte ließen auch die ideologischen Spannungen zwischen Ost und West nach: Washington unterzeichnete mit Moskau eine Reihe von Verträgen über die Kontrolle und Beschränkung von Atomwaffen. Währenddessen gab die Bonner Regierung der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt die Hallstein-Doktrin endgültig auf und schloss eine Reihe von Ostverträgen ab: 1970 mit Moskau und Warschau, 1972 mit Ost-Berlin und 1973 mit Prag.⁶ In dieser Atmosphäre der Entspannung zwischen Ost und West eröffneten die Außenminister aus 35 Teilnehmerstaaten am 7. Juli 1973 in Helsinki die Verhandlungen der KSZE, die nach mehr als zwei Jahren mit der Unterzeichnung der Schlussakte durch die Staats- und Regierungschefs ebendort beendet und von Moskau als ein großer Erfolg gefeiert wurden.

Die Euphorie über die Ergebnisse der Konferenz und die Atmosphäre der blinden Selbstzufriedenheit in der Sowjetunion erwiesen sich jedoch schon bald als trügerisch. In Wirklichkeit beschädigten Brežnev und mit ihm die anderen Regierungen

Dokumente der KSZE, München 1993, S. 4–70. Alle Internetquellen sind, soweit nicht anders angegeben, am 13. 10. 2011 auf ihre Zugänglichkeit überprüft worden.

³ Judt, Tony: Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2006, S. 509–547.

⁴ Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2010, S. 324–362.

⁵ Mehr zur Sowjetunion unter Brežnev siehe bei: Plaggenborg, Stefan: „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, in: Plaggenborg, Stefan (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 5, Stuttgart 2002, S. 319–517.

⁶ Eine ausführliche Darstellung findet sich bei Loth, Wilfried: Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, hier Kap. 5.

der sozialistischen Länder mit der Unterzeichnung der Schlussakte am 1. August 1975 die ideologischen Fundamente ihrer Staatsordnung und verschoben das scheinbar erreichte Gleichgewicht im Ost-West-Verhältnis zu ihren Ungunsten. Bald danach traten die ersten Risse im fragilen Gerüst des Ostblocks, in der UdSSR, auf.

Am 12. Mai 1976 wurde in Moskau eine von 11 Bürgern unterschriebene Deklaration bekannt gegeben, welche die Gründung der „Öffentlichen Gruppe zur Förderung der Durchführung der Beschlüsse von Helsinki in der UdSSR“, kurz „Moskauer Helsinki-Gruppe“ (MHG), proklamierte. Ausgehend vom Prinzip VII der KSZE-Schlussakte, in dem sich die Signatarstaaten zur „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“ verpflichteten, machte es sich diese kleine Gruppe zur Aufgabe, die Beschwerden der Sowjetbürger aus der gesamten Sowjetunion über die Verletzungen ihrer in der Helsinki-Akte festgehaltenen Grundrechte entgegenzunehmen und darüber die breite Öffentlichkeit sowie die Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten zu informieren.⁷ Die MHG war zwar nicht die erste Vereinigung, die von der sowjetischen Regierung die Einhaltung der geltenden Verfassung und der internationalen Verpflichtungen einforderte sowie deren Verletzung problematisierte,⁸ sie markierte jedoch den Beginn einer transnationalen Bürgerrechtsbewegung, die als Helsinki-Bewegung⁹ in die Geschichte eingegangen und in manchen Ländern bis heute aktiv ist. Mit Unterstützung der MHG konstituierten sich in der UdSSR bald neue, auf die einzelnen Menschenrechte spezialisierte Gruppen, die in der KSZE-Schlussakte eine neue Legitimations- und „zitierfähige Grundlage“¹⁰ ihrer Tätigkeit erkannten und die Einhaltung der darin unterschriebenen Prinzipien und Normen von ihrer Regierung einzufordern begannen.¹¹ Dem Muster der MHG folgend, formierten sich

⁷ Novaja obščestvennaja asociacija, in: *Chronika tekuščich sobytij*, Nr. 40, 1976.

⁸ Die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung wird in der Sowjetunion mit den ersten Protestkundgebungen auf dem Moskauer Puškin-Platz 1965 zum Schutz der verhafteten Schriftsteller Andrej Sinjavskij und Julij Daniel datiert, welche unter den Pseudonymen Abram Terc und Nikolaj Aržak ihre Werke im Ausland veröffentlicht hatten. Bald darauf wurde eine erste Menschenrechtsorganisation „Initiativgruppe zur Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR“ (1969) gegründet, die sich mit Beschwerden über die Lage der Menschenrechte in der UdSSR an die UN wandte. In den nächsten Jahren kam es zur Herausbildung weiterer Menschenrechtsgruppen („Moskauer Menschenrechtskomitee“ im Jahr 1970, Moskauer Sektion von Amnesty International im Jahr 1974). Ausführlich zur Entstehung und Geschichte der Bürgerrechtsbewegung in der UdSSR siehe folgende Darstellungen: Alekseeva, Ljudmila: *Istorija inakomyšlja v SSSR, Novejšij period*, Moskau 2001; Dies.: *Pokolnie otpepli*, Moskau 2006; Lewytskij, Borys: *Politische Opposition in der Sowjetunion 1960–1972*, München 1972; Stephan, Anke: *Von der Küche auf den Roten Platz. Lebenswege sowjetischer Dissidentinnen* (Basler Studien zur Kulturgeschichte Osteuropas, Bd. 13), Zürich 2005.

⁹ Der Begriff „Helsinki-Bewegung“ fasst Gruppen zusammen, die sich mit Unterstützung der MHG formierten sowie alle diejenigen Initiativen, die die Bestimmungen der Schlussakte zur Grundlage ihres Handelns machten.

¹⁰ Eichwede, Wolfgang: „Archipel Samizdat“, in: Ders. (Hrsg.): *Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: Die 60er bis 80er Jahre* (Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Bd. 8), Bremen 2000, S. 8–19, hier S. 14.

¹¹ Ausführlich siehe: Alekseeva, Istorija inakomyšlja.

nationale Helsinki-Gruppen: im November 1976 in der Ukraine und Litauen, im Januar 1977 in Georgien sowie im April in Armenien. Auch in den anderen Staaten des Warschauer Paktes kristallisierten sich ähnliche, die Einhaltung der unterschriebenen Normen thematisierende Menschenrechtsgruppen heraus: 1976 das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) in Polen und 1977 die „Charta 77“ in der Tschechoslowakei.¹²

Die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki hatte den Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen bzw. den oppositionellen Stimmungen im Ostblock enormen Auftrieb gegeben. Die Mitglieder der genannten Gruppen waren jedoch in allen Ländern des Ostblocks Repressionen ausgesetzt.¹³ Zum Ende der Regierungszeit von Leonid Brežnev galten die sowjetischen Helsinki-Gruppen als zer schlagen.¹⁴ Die Verfolgung der Bürgerrechtsaktivisten war nicht der einzige, aber der offensichtlichste Verstoß der sozialistischen Regierungen gegen die in Helsinki unterschriebenen KSZE-Vereinbarungen. Sie war begleitet von einer Phase erneut wachsender Spannungen in den Ost-West-Beziehungen und der Stagnation des KSZE-Prozesses.

Keine fünf Jahre später begann in der Sowjetunion nach der Wahl von Michail Gorbatschew zum Generalsekretär der KPdSU (März 1985) ein Umgestaltungsprozess, der eine epochale Bedeutung für das Land selbst sowie für die ganze Welt erlangte. Die zentralen Ideen der KSZE-Schlussakte – u. a. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Öffnung (Glasnost) und Gewaltfreiheit – wurden zu Säulen der neuen Innen- und Außenpolitik. Zum ersten Mal wurden nun einzelne KSZE-Prinzipien schrittweise in die Praxis umgesetzt. Die neue Sowjetregierung stellte die Repressionen gegenüber Andersdenkenden ein, forderte Kritik und Wahrheit und überließ den sozialistischen Bruderstaaten die Wahl ihres eigenen politischen Weges. Und obwohl diese Maßnahmen, als Perestroika bekannt, der „Vervollkommnung des Sozialismus“ dienen sollten, erwiesen sie sich als dessen Totengräber. In rasanter Geschwindigkeit gewannen sie an Eigendynamik, getragen und gelenkt jedoch immer weniger von der Partei und immer mehr von der

¹² Vgl. Eichwede, Wolfgang: „Entspannung mit menschlichem Antlitz“. Die KSZE, die Menschenrechte und der Samizdat, in: Osteuropa, Nr. 11, 2010, S. 59–83; Dehnert, Gunter: „Eine neue Beschaffenheit der Lage“. Der KSZE-Prozess und die polnische Opposition 1975–1989, in: Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 11), München 2011, S. 87–98; Müller, Benjamin: Von der Konfrontation zum Dialog. Charta 77, Menschenrechte und „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei 1975–1989, in: Ebd., S. 99–110.

¹³ Zu der Brandbreite der repressiven Methoden in der UdSSR siehe kurz: Reddaway, Peter: Repression und Liberalisierung. Sowjetmacht und Dissidenten 1953–1986, in: Osteuropa, Nr. 11, 2010, S. 105–125.

¹⁴ Dafür stand die erzwungene Selbstauflösung der MHG am 6. September 1982. Nachdem ein Strafrechtsverfahren gegen das Gruppenmitglied Sof'ja Kallistratova, eine pensionierte Rechtsanwältin, eröffnet wurde, gaben sie und zwei weitere, noch in Freiheit befindliche Mitglieder der MHG, Elena Bonner und Naum Mejman, die Auflösung der Gruppe bekannt. Vgl. hierzu Dokument 195 „O prekreaščenii raboty Moskovskoj grupy „Chel'sinki““, <http://www.mhg.ru/history/229C280>; zur Geschichte der MHG siehe: Goldberg, Paul: The Final Act: The Dramatic, Revealing Story of the Moscow Helsinki Watch Group, New York 1988.

politisierten sowjetischen Gesellschaft, welche Stück für Stück die neuen Freiheiten – Organisations- und Vereinigungs-, Meinungs- und Presse-, Versammlungs-, Religions- und Bewegungsfreiheiten sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker –, teilweise unter Verweis auf die Helsinki-Schlussakte, für sich beanspruchte und damit die noch herrschende sozialistische Ideologie in Frage stellte. Spätestens nach den ersten halbfreien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress vom März 1989, in deren Folge die Parteifunktionäre eine Niederlage erlitten und der Demokratisierungsdruck „von unten“ radikaler wurde, zeichneten sich der Machtverlust der Kommunistischen Partei und die Erosion der sozialistischen Ideologie ab. Der Aufschwung der politischen Aktivitäten war geprägt von einer einfachen Losung: „Weg mit der KPdSU!“ Dabei stellte sich in aller Deutlichkeit heraus, dass die 1975 in Helsinki von der Sowjetunion „geschluckten Kröten“ noch lange nicht verdaut waren. Die in der KSZE-Schlussakte verbrieften Rechte und Freiheiten wurden aufs Neue, dieses Mal aber von einem großen Teil der politisierten Bevölkerung, insbesondere von den Bürgerrechts-, Ausreise- und Nationalbewegungen, ja sogar vom reformorientierten Teil des Parteiapparates, in den innersowjetischen öffentlichen Wertediskurs hineingetragen und mit Erfolg argumentativ zur Absicherung des begonnenen Reformprozesses eingesetzt. Michail Gorbatschow höchstpersönlich versicherte seinen amerikanischen Verhandlungspartnern bei einem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten George H. W. Bush auf Malta im Dezember 1989, dass die „demokratischen“ Werte (Offenheit, Pluralismus und freie Marktwirtschaft) keine „westlichen“ Werte, sondern Werte „der ganzen Menschheit“ seien und dass die Sowjetunion sie ebenfalls teile.¹⁵

Mit diesem offensichtlichen Wertewandel hatte sich die Wahrnehmung der KSZE durch Moskau und als Folge die KSZE-Politik selbst verändert. Einen Wendepunkt stellte dabei das dritte KSZE-Folgetreffen in Wien (1986–1989) dar, dessen Verlauf zum Spiegelbild der Perestroika wurde. Das Treffen endete im Januar 1989 mit der Annahme eines anspruchsvollen Schlussdokuments, dessen Inhalt den Grundprinzipien einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung Rechnung trug und Moskau eine Reihe neuer Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte einbrachte.¹⁶ Dass es sich seitens der Sowjetunion nicht mehr nur um hehre Versprechungen wie im Jahr 1975 handelte, bezeugten die gleichzeitige Radikalisierung politischer Reformen sowie das Interesse an der Vertiefung des KSZE-Prozesses, einhergehend mit der weiteren Formulierung gemeinsamer Wertvorstellungen. Bereits im Frühjahr 1990 verpflichtete sich Moskau infolge der KSZE-

¹⁵ Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush am 2. und 3. Dezember auf der „Maxim Gorki“, in: Gorbatschow, Michail: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, S. 127–129, hier S. 128f.

¹⁶ Die vollständige offizielle Bezeichnung des Schlussdokuments des Wiener Treffens lautet: Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde. Auf die volle Angabe dieser Überschrift wird im Folgenden verzichtet und stattdessen vom Abschließenden Dokument des Wiener Treffens bzw. vom Schlussdokument des Wiener Treffens gesprochen. Text: <http://www.osce.org/de/mc/40883> bzw. in: Schweisfurth, KSZE, S. 147–209.

Wirtschaftskonferenz in Bonn und des Expertentreffens über die menschliche Dimension¹⁷ in Kopenhagen dazu, eine marktwirtschaftlich und demokratisch organisierte politische Ordnung in der UdSSR einzuführen.¹⁸ Nur wenige Monate später, im November 1990, wurde durch die Unterzeichnung der „Charta von Paris für ein neues Europa“,¹⁹ die Leitlinien für „ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ formulierte, das Ende des Kalten Krieges und der Sieg des demokratisch aufgebauten Gesellschaftsmodells quasi notariell beglaubigt. Während die orthodoxen Kommunisten in der UdSSR Michail Gorbatschow und seinen Mitstreitern zu dieser Zeit den „Ausverkauf“ der sozialistischen Werte vorwarfen, war das Schicksal des Sowjetimperiums, der Partei und der sozialistischen Ideologie bereits entschieden. Unter dem Demokratisierungsdruck gab die KPdSU im März 1990 ihre 70-jährige Monopolstellung auf. Weder mit Appellen noch mit Drohungen vermochte sie den gesellschaftlichen Wertewandel, die Souveränitäts- und Unabhängigkeitserklärungen der Unionsrepubliken sowie die Auflösung der Union aufzuhalten. Der gescheiterte August-Putsch von 1991, mit dem die Anhänger der alten Ordnung den neuen Unionsvertrag und den Untergang des Imperiums verhindern wollten, beschleunigte nur dessen Zerfall. Wenige Tage später war die Tätigkeit der KPdSU auf dem Territorium der RSFSR durch ein Dekret des russischen Präsidenten Boris El'cin verboten, und seit dem 8. Dezember 1991, dem Tag der Gründung einer Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) durch die Präsidenten Russlands, Belarus und der Ukraine, gehörte auch die Sowjetunion völkerrechtlich der Vergangenheit an. Ihre Nachfolgestaaten traten ein Jahr später der KSZE als souveräne und gleichberechtigte Staaten bei.

So augenscheinlich und naheliegend die Verflechtungen zwischen der Innenpolitik der Sowjetunion unter Gorbatschow und dem KSZE-Prozess aus heutiger Sicht auch sind und obwohl sie von einzelnen beteiligten Diplomaten rückblickend bestätigt werden,²⁰ fanden sie in der historischen Forschung bislang nur

¹⁷ Der Begriff „menschliche Dimension“ tauchte erstmals in Wien auf und beinhaltete alle Fragen der Menschenrechte und des Korbes III der KSZE-Schlussakte. Als eigenständiges Kapitel erstmals in das Wiener Schlussdokument aufgenommen, betrifft sie „die Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten, die menschlichen Kontakte und andere Fragen von gleichfalls humanitärer Art“. Vgl. Schweisfurth, KSZE, S. 186.

¹⁸ Vgl. Dokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, die in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Abschliessenden Dokuments des Wiener Treffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einberufen wurde, http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751_de.pdf oder in: Schweisfurth, KSZE, S. 220–232; Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992_de.pdf oder in: Schweisfurth, KSZE, S. 233–253.

¹⁹ Vgl. Charta von Paris für ein neues Europa, http://www.bundestag.de/bundestag/europa_internationales/international/osze/Auf_einen_Blick/charta.pdf oder in: Schweisfurth, KSZE, S. 441–469. Im Folgenden werden die elektronischen Quellen benutzt bzw. zitiert. Die Dokumente sind gleichwohl auch bei Schweisfurth zu finden.

²⁰ Vgl. Adamishin, Anatoly: The Final Act: Is The Curtain Coming Down?, in: *Russia in Global Affairs*, Nr. 3, 2005, http://eng.globalaffairs.ru/number/n_5350; Zagorskij, Andrej: Chel'sinkskij process (Peregovory v ramkach Soveščanija po bezopasnosti i sotrudničestvu v Evrope 1972–1991), Moskau 2005; Bredow, Wilfried von: Der KSZE-Prozess. Von der Zähmung zur Auflö-

wenig Würdigung. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die historischen und politischen Wissenschaften eine Vielzahl an Erklärungsansätzen für die Perestrojka und die unerwartete Implosion der UdSSR präsentiert. Die ökonomische Stagnation, die Überrüstung, die imperiale und die soziale „Überdehnung“, der westliche Druck oder schlicht die Person von Michail Gorbachev dominieren als Erklärungsfaktoren.²¹ Die Rolle der multilateralen Diplomatie und die langfristige „Macht“ der Menschenrechte wurden von Forschern hingegen bislang kaum in ihren Analysen berücksichtigt.²²

sung des Ost-West-Konflikts, Darmstadt 1992; Kašlev, Jurij: *Mnogolikaja diplomatija. Ispoved' posla*, Moskau 2004; Ders.: *Obščevropejskij process: včera, segodnja, zavtra*, Moskau 1990; Dobrynin, Anatolij: *Sugubo doveritel'no. Posol v Vašingtone pri šesti prezidentach SŠA (1962–1986 gg.)*, Moskau 1997, S. 334.

²¹ Dazu gibt es eine Überzahl an historischen und politikwissenschaftlichen Darstellungen, die hier unmöglich alle aufgezählt werden können. Stellvertretend für den ökonomischen Erklärungsansatz siehe: Åslund, Anders: *Gorbachev's Struggle for Economic Reform*, New York 1991; Boettke, Peter J.: *Why Perestrojka Failed. The Politics and Economics of Socialist Transformation*, London 1993; zur imperialen und sozialen „Überdehnung“: Beissinger, Mark R.: *Nationalist Mobilization and the Collapse of the Soviet State*, New York 2002; Plaggenborg, Stefan: „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, in: Ders. (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte Russlands*, Bd. 5, Stuttgart 2002, S. 319–517; zum Faktor des Westens: Schweizer, Peter: *Victory: The Reagan Administration's Secret Strategy That Hastened the Collapse of the Soviet Union*, New York 1994; zum Gorbachev-Faktor: Brown, Archie: *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht*, Frankfurt am Main/Leipzig 2000; Ders.: *Seven Years That Changed the World. Perestrojka in Perspective*, Oxford 2007; English, Robert: *Russia and the Idea of the West: Gorbachev, Intellectuals and the End of the Cold War*, New York 2000; zu soziokulturellen Erklärungsansätzen: Altrichter, Helmut: *Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 2009; Gestwa, Klaus: *Sicherheit in der Sowjetunion 1988/1989. Perestrojka als missglückter Tanz auf dem zivilisatorischen Vulkan*, in: Stadelmann, Matthias/Antipow, Lilia: *Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte. Festschrift für Helmut Altrichter zum 65. Geburtstag (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 77)*, Stuttgart 2011, S. 449–467; Reddaway, Peter: *How Much Did Popular Disaffection Contribute to the Collapse of the USSR?*, in: Fortescue, Stephen (Hrsg.): *Russian Politics from Lenin to Putin*, Oxford 2010, S. 152–184. Allgemein bzw. mit Gegenüberstellung unterschiedlicher Interpretationen siehe: Altrichter, Helmut: *Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1985–1991*, in: Plaggenborg, Handbuch der Geschichte, S. 519–593; Dalos, György: *Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie*, München 2011; Simon, Gerhard/Simon, Nadja: *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 1993; Medvedev, Roj: *Počemu raspalsja Sovetskij Sojuz?*, in: *Otečestvennaja istorija*, Nr. 4, 2003, S. 112–121; Dallin, Alexander: *Causes of the Collapse of the USSR*, in: *Post-Soviet Affairs*, Vol. 8, Nr. 4, 1992, S. 279–302; siehe auch die Aufsätze in den thematischen Ausgaben von JCWS, Vol. 5, Nr. 1 und 4, 2003, Vol. 6, Nr. 3, 2004.

²² Eine Ausnahme bilden hier die Politikwissenschaftler, die mit den transnational vermittelten Ideen und Lernprozessen innerhalb der sowjetischen Führung den politischen Wandel in der Sowjetunion erklären, ohne allerdings explizit auf die KSZE einzugehen. In der Regel handelt es sich dabei um theoretische Erklärungsmodelle. Vgl. Stein, Janice Gross: *Political Learning by Doing. Gorbachev as Uncommitted Thinker*, in: *International Organization*, Vol. 48, Nr. 2, 1994, S. 155–183; Risse-Kappen, Thomas: *Ideas Do Not Float Freely. Transnational Coalition, Domestic Structures, and the End of the Cold War*, in: *Ebd.*, Vol. 48, Nr. 1, 1994, S. 185–214; Checkel, Jeffrey T.: *Ideas, Institutions, and the Gorbachev Foreign Policy Revolution*, in: *World Politics*, Vol. 45, Nr. 2, 1993, S. 273–300; weniger theorielastig: English, Russia; Ders.: *The Sociology of New Thinking. Elites, Identity Change, and the End of the Cold War*, in: *JCWS*, Vol. 7, Nr. 2, 2005, S. 43–80.

Die multilateralen Vereinbarungen seit 1975 und die Liberalisierungen unter Michail Gorbachev waren aber weder zufällig noch zwangsläufig. Beide Prozesse hingen miteinander in vielfacher komplexer Weise zusammen und bedingten sich gegenseitig. Dass die KSZE in Kombination mit solchen Faktoren wie die ökonomische, imperiale und soziale Überdehnung die Erosion des Sowjetstaates beschleunigte, will die vorliegende Untersuchung multiperspektivisch zeigen. Sie fragt nach reziproken Verbindungen zwischen sowjetischer KSZE-Politik und politisch-gesellschaftlichen Veränderungen unter Gorbachev in der Sowjetunion (1985–1990/1991) und zieht die KSZE, die in ihrem Rahmen geführten Verhandlungen sowie die ihr zugrunde liegenden Normen zur Erklärung des Untergangs des sowjetischen Imperiums heran.

Mit dieser Arbeit wird weder der Anspruch erhoben, eine Geschichte der Perestroika zu schreiben, noch der Versuch unternommen die Perestroika und den Zerfall der Sowjetunion allein mit dem KSZE-Prozess zu erklären. Vielmehr soll diese Studie einen bisher unterbelichteten Aspekt der Ost-West-Beziehungen in die vorliegenden Erklärungen und Interpretationen einbeziehen sowie auf die Komplexität und die Verzahnung verschiedener Faktoren aufmerksam machen, die sich gegenseitig ergänzten und in ihrer Wirkung verstärkten. Das Ende des sowjetischen Imperiums war keineswegs eine lineare Entwicklung: Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 hatte die Sowjetunion *nicht* zwangsläufig den eigenen Niedergang präjudiziert. Bildlich gesprochen hatte sie damit aber einen „Baustein“ von vielen anderen aus dem eigenen „ideologischen Fundament“ entfernt und das schwergewichtige Gerüst der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum Wanken gebracht. Mit dem Hinzukommen anderer Faktoren wurden Risse am „Gebäude Sowjetunion“ für alle sichtbar und immer größer, bis schließlich das Ganze in die Brüche ging. Der „KSZE-Faktor“ soll das vorhandene Gesamtbild an Faktoren nicht ersetzen, sondern um ein weiteres Puzzleteil ergänzen, um damit zu einem besseren Verständnis vom Ende des sowjetischen Experiments und des Kalten Krieges beizutragen.

2. Forschungsstand und Eingrenzung des Themas

Mit der aufgeworfenen Fragestellung betritt die vorliegende Arbeit nicht nur deshalb Neuland, weil ihre Bearbeitung eines kombinierten analytischen Ansatzes bedarf, sondern weil sie die Wirkungsgeschichte des KSZE-Prozesses untersuchen will, welcher selbst erst jetzt zum Studienobjekt der Historiker wird. Während Sammlungen öffentlicher Dokumente aus der ersten Phase der multilateralen Diplomatie (1970er Jahre) sowie Darstellungen einzelner Akteure bereits vorliegen,²³

²³ Vgl. Bloed, Arie (Hrsg.): *The Conference of Security and Cooperation in Europe: Analysis and Basic Documents, 1972–1993*, Dordrecht 1993; Mastny, Vojtech: *The Helsinki Process and the Reintegration of Europe, 1986–1991. Analysis and Documentation*, New York 1992; Schweisfurth, KSZE; von Bredow, *Der KSZE-Prozess*; Kašlev, *Mnogolikaja*.

wird erst seit Kurzem mit der historischen Aufarbeitung des politisch-diplomatischen Prozesses auf der Grundlage der Primärquellen begonnen und nach seiner Bedeutung für das Ende des Kalten Krieges sowie für das heutige Europa gefragt.²⁴ Dabei überwiegt die Thematisierung nationaler Interessen der KSZE-Teilnehmerstaaten, deren Behandlung zeitlich oft in den frühen 1980er Jahren endet. Nur einzelne Beiträge und Studien haben bisher nach Auswirkungen der KSZE in den Ostblockstaaten bzw. in der Sowjetunion gefragt, wobei auch diese auf die 1970er Jahre begrenzt sind.²⁵

Trotz großer Forschungsdesiderate zur Wirkungsgeschichte des KSZE-Prozesses in der Sowjetunion besteht sowohl in der Publizistik als auch in der Wissenschaft Konsens darüber, dass die Unterzeichnung der Helsinki-Akte 1975 den gesellschaftlichen Bewegungen Osteuropas Auftrieb gegeben, die offizielle Politik beeinflusst und in der langfristigen Perspektive die Legitimität der kommunistischen Regime untergraben hat.²⁶ Dass der Parteistaat²⁷ als Verlierer und nicht als

²⁴ Für das gewachsene Interesse stehen das Erscheinen von sechs Sammelbänden zur Geschichte des KSZE-Prozesses bzw. des Kalten Krieges zwischen 2008 und 2010, deren Schwerpunkte auf der Politik- und der Diplomatiegeschichte liegen, sowie einzelne monografische Darstellungen zur KSZE-Politik der Schweiz und neutraler KSZE-Teilnehmerstaaten. Vgl. Nuti, Leopoldo (Hrsg.): *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/New York 2009; Loth, Wilfried/Soutou, Georges-Henri (Hrsg.): *The Making of Détente. Eastern and Western Europe in the Cold War, 1965–1975*, London/New York 2008; Bange, Oli-ver/Niedhart, Gottfried (Hrsg.): *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008; Wenger, Andreas/Mastny, Vojtech/Nuenlist, Christian (Hrsg.): *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–75*, London/New York 2008; Bilandžić, V./Kosanović, M. (Hrsg.): *From Helsinki to Belgrade – The First CSCE Follow-up Meeting in Belgrade 1977/78*, Belgrad 2008; Villaume, Poul/Westad, Odd Arne: *Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War, 1965–1985*, Kopenhagen 2010; Fischer, Thomas: *Die Grenzen der Neutralität. Schweizerisches KSZE-Engagement und gescheiterte UNO-Beitrittspolitik im Kalten Krieg 1969–1986*, Zürich 2004, sowie Fischer, Thomas: *Neutral Power in the CSCE. The N+N States and the Making of the Helsinki Accords 1975 (Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd. 12)*, Baden-Baden 2009; vgl. auch Romano, Angela: *From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE*, Brüssel 2009.

²⁵ Vgl. Savranskaya, Svetlana: *Unintended Consequences. Soviet Interests, Expectations and Reactions to the Helsinki Final Act*, in: Bange/Niedhart, Helsinki 1975, S. 175–190; Rey, Marie-Pierre: *The USSR and the Helsinki Process, 1969–75. Optimism, Doubt, or Defiance?*, in: Wenger/Mastny/Nuenlist, *Origins of the European Security System*, S. 65–81; Eichwede, Wolfgang: *Helsinki and the Civil Rights Movement in Eastern Europe*, in: Bilandžić/Kosanović, *From Helsinki to Belgrade*, S. 141–149.

²⁶ Ebd.; hierzu auch: Schwarz, Ulrich: *Die Sprengkraft der Menschenrechte*, in: Spiegel vom 29. 7. 2008; Eichwede, Samizdat, S. 14; Alekseeva, *Istorija inakomyслиja*; Rohde-Liebenau, Sylvia: *Menschenrechte und internationaler Wandel. Der Einfluss des KSZE-Menschenrechtsregimes auf den Wandel des internationalen Systems in Europa*, Baden-Baden 1996; Thomas, Daniel C.: *The Helsinki Effect. International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism*, Princeton/New Jersey 2001; Adamishin, *The Final Act*.

²⁷ Der Begriff *Parteistaat* impliziert die in der Sowjetunion grundsätzlich nicht vorhandene Trennung zwischen Staat und Partei und wird deshalb folgend als Synonym zu Partei, Parteiführung bzw. Machtapparat verwendet. Zum Staatsaufbau in der UdSSR siehe das folgende Unterkapitel 4.

Gewinner aus dem KSZE-Prozess hervorging, wie es die sowjetische Propagandamaschinerie suggerierte, zeigte Svetlana Savranskaya. Sie hat die innergesellschaftlichen Reaktionen auf die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte den ursprünglichen Erwartungen der UdSSR an die KSZE gegenübergestellt und konstatiert, dass der Kreml keines der ursprünglichen Ziele erreicht habe. Die von den Helsinki-Netzwerken und den „internationalen Koalitionen“ entwickelten Ideen seien indes für die spätere Transformation der Sowjetunion und für deren Zusammenbruch von Bedeutung gewesen, so die These von Savranskaya, die allerdings nicht verifiziert wird.²⁸ Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch Marie-Pierre Rey, die zu Recht schlussfolgerte, dass „signing the Helsinki Act constituted not so much a ‚pyrrhic victory‘ for the USSR than, inside the system, the victory of reformers over conservatives“.²⁹ Wie sich jedoch die zentralen Prinzipien der Helsinki-Schlussakte zum essenziellen Teil von Gorbačëvs Perestroika entwickelten und aus dem Pyrrhus-Sieg Brežnevs ein Sieg der Reformen über die Konservativen wurde, zeigt auch Rey nicht. Einen Zusammenhang zwischen dem KSZE-Prozess und der Demokratisierung unter Gorbačëv hat Sarah Snyder in ihrer jüngsten Monografie hergestellt. Sie ist der Bedeutung der amerikanischen Helsinki-Gruppen und der transnationalen Helsinki-Netzwerke für die KSZE-Politik der USA und den KSZE-Prozess nachgegangen und hat festgestellt, dass diese Gruppen die Menschenrechtsfragen erfolgreich auf die außenpolitische Agenda der US-Regierung setzten, die Tätigkeit der sowjetischen Menschenrechtsgruppen unterstützten und auf diese Weise von außen Demokratisierungsdruck auf die UdSSR aufbauten. „It is a credit to the transnational Helsinki network’s far-reaching political influence that throughout these years, the West’s focus in the negotiations was to secure greater respect for human rights in foreign countries rather than to concentrate on the agreement’s trade or security aspects“ – so der Befund von Snyder.³⁰ In Zusammenhang mit demokratischen Reformen in der UdSSR hebt sie außerdem zu Recht die Bedeutung des KSZE-Treffens in Wien hervor, welches sie als „a turning point for both the USSR role in the CSCE and Eastern compliance with Helsinki commitments“ bewertet.³¹ Die bisher umfassendsten Erforschungen der KSZE aus der Perspektive der Sowjetunion liegen von Andrej Zagorskij vor, der als externer Berater der sowjetischen KSZE-Delegation in Wien und als Teilnehmer dreier Folgetreffen über die menschliche Dimension nicht nur erstmals eine Analyse einer gegenseitigen Beeinflussung von KSZE und Peres-

²⁸ Savranskaya, *Unintended Consequences*.

²⁹ Rey, *The USSR*, S. 78.

³⁰ Snyder, Sarah: *Human Rights Activism and the End of the Cold War: A Transnational History of the Helsinki Network*, New York 2011, S. 248.

³¹ Ebd. Während Snyder sehr plakativ die Bedeutung der transnationalen Helsinki-Netzwerke für den KSZE-Prozess und die Helsinki-Gruppen in Osteuropa herausarbeitet, bleibt der Zusammenhang zwischen dem KSZE-Prozess und den konkreten Reformen der Perestroika nicht immer nachvollziehbar; nicht zuletzt, weil eine auf US-Archive gestützte Perspektive ihre Arbeit bestimmt.

troika leistet, sondern angesichts der noch geschlossenen Archive³² wertvolle Einblicke in die Motive und Verhaltensweisen der Akteure sowjetischer KSZE-Politik liefert.³³ Doch konzentriert auch er sich vor allem auf die historische Darstellung des KSZE-Prozesses und fragt nach Auswirkungen dieser Politik auf die Parteiführung und weniger nach solchen auf die Gesellschaft. Überaus interessant ist sein Fazit, dass die KSZE-Verpflichtungen und die zwischenstaatliche Diskussion über Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit für die reformorientierten Parteiführer als „Instrument“ und „Argument“ in der innersowjetischen Kontroverse über die Demokratisierung gedient und somit die konkrete Ausgestaltung der Demokratisierungspolitik in der UdSSR beeinflusst hätten. Die KSZE-Folgekonferenz in Wien sowie nachfolgende Expertentreffen hätten somit maßgeblich den Reformprozess der Sowjetunion bestimmt.³⁴

Während die Geschichte der multilateralen KSZE-Verhandlungen und deren Wirkungsgeschichte in den osteuropäischen Gesellschaften erst zu einem Studienobjekt der Historiker zu werden beginnt,³⁵ sind ihnen die Politikwissenschaftler bei der Herstellung kausaler Zusammenhänge einen Schritt voraus. Sylvia Rohde-Liebenau hatte bereits in ihrer 1996 erschienenen Dissertation die positive Bedeutung der KSZE als Menschenrechtsregime³⁶ für den wachsenden Status nicht-staatlicher Akteure und den Legitimations- und Machtverlust der sozialistischen Regierungen am Beispiel der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Polens

³² In Russland gilt für die staatlichen Dokumente die international gültige Sperrfrist von 30 Jahren. Darüber hinaus wird der Aktenzugang in den einzelnen Archivstellen zusätzlich erschwert. Das gilt vor allem für das Außenministerium, das KGB oder die oberste Parteiführung. Zum Archivwesen im Allgemeinen siehe den Überblick von Neutatz, Dietmar: *Quellenkunde, Archive*, in: Bohn, Thomas M./Neutatz, Dietmar (Hrsg.): *Studienhandbuch Östliches Europa. Bd. 2: Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion*, Köln 2002, S. 3–13; Wehner, Markus: *Die gescheiterte Revolution. In Russlands Archiven gehen die Uhren rückwärts*, in: *Osteuropa*, Nr. 5, 2009, S. 45–58.

³³ Zagorski, Andrei: *Moskau und die menschliche Dimension der KSZE im Wettstreit: von Wien bis Kopenhagen (1989–1990)*, in: *OSZE-Jahrbuch 2005*, S. 49–63; Zagorski, Andrei: *Chel'sinskij process*; Zagorski, Andrei: *Die menschliche Dimension der KSZE, die Sowjetunion und Russland*. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Heft 65, 1992.

³⁴ Ebd.

³⁵ So ist die vorliegende Arbeit als Teil eines größeren Forschungsprojekts entstanden, welches in 8 Einzelstudien die Entwicklung des KSZE-Prozesses in den Jahren 1975 bis 1989/91 und dessen Folgen für die inneren Verhältnisse in den Ostblockstaaten (UdSSR, Polen und DDR) erforscht. Zu den veröffentlichten Teilergebnissen der Projekte siehe: Altrichter/Wentker, *Der KSZE-Prozess*; Gilde, Benjamin: *Keine neutralen Vermittler. Die Gruppe der neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten und das Belgrader KSZE-Folgegipfel 1977/78*, in: *VfZ*, Nr. 3, 2011, S. 413–444; Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990*, München 2012, hier die Beiträge von: Peter/Wentker, Peter, Heyde, Gilde, Rosin, Hanisch, Dehnert, Wawra und von Saal.

³⁶ Unter einem Regime versteht man im Fach der Internationalen Beziehungen ein von internationalen Akteuren (z. B.: Staaten, NGOs) akzeptiertes Regel- und Normensystem (einschließlich notwendiger Entscheidungsverfahren), um bestimmte Problemfelder und Spannungssituationen dauerhaft zu steuern. Siehe mehr bei Rohde-Liebenau, *Menschenrechte*, hier vor allem S. 9–13.

herausgearbeitet. Darin hatte sie gezeigt, wie durch die Entwicklung des KSZE-Menschenrechtsregimes die Beteiligungsrechte nichtstaatlicher Akteure gestärkt und die Menschenrechte als „Maßstab innenpolitischer und internationaler Legitimation“ sowie ein internationales Kontrollrecht nationalstaatlicher Menschenrechtspolitik etabliert wurden.³⁷ Im Fall der Sowjetunion kam die Autorin zu dem Ergebnis, dass die ideologischen Grundfesten des Systems unter Gorbačev vor allem durch die Tätigkeit „informeller Gruppen“³⁸ erschüttert worden waren, welche inhaltlich und operationell auf der Helsinki-Bewegung der 1970er Jahre aufbauten und in Kontinuität zu der MHG die KSZE-Normen als eine Legitimationsquelle und die KSZE-Staaten zugleich als eine Appellinstanz instrumentalisieren. Die Tätigkeit der unabhängigen Gruppen sowie die zwischenstaatlichen Verhandlungen auf den KSZE-Folgekonferenzen, vor allem die zur Zeit des Wiener Folgetreffens (1986–1989) erfolgreich praktizierte Linkage-Politik der westlichen Staaten, hätten darüber hinaus den „kognitiven Rahmen“ der Parteilite verändert und so in entscheidender Weise den Inhalt von Gorbačevs Reformprogramm beeinflusst.³⁹ Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch Peter Schlotter in seiner Habilitationsschrift von 1999.⁴⁰ In einem unlängst erschienenen Aufsatz stellte er eine kognitive Wirkung der KSZE auf die innenpolitischen Akteure der Ostblockstaaten als Folge der langen Kommunikationsprozesse auf den KSZE-Folgekonferenzen fest, die eine immer stärkere Anpassung der Politik an die westlichen Wertvorstellungen⁴¹ in der Sowjetunion mit sich brachte. Schlotter wies ebenfalls auf den eigendynamischen Charakter dieser Lernprozesse hin, denen neben utilitaristischen Erwägungen die Fehleinschätzungen der Regierenden, die Linkage-Politik der westlichen Teilnehmerstaaten und die Tätigkeit der Menschenrechtsgruppen als unabhängige und diesen Prozess beschleunigende Variablen zu Grunde lagen. Die Preisgabe östlicher Positionen und die Übernahme des Dekalogs der KSZE-Schlussakte in den „kognitiven Normenhaushalt“⁴² der sowjetischen Führung leisteten einen Beitrag zum Ende der Ost-West-Konfrontation.⁴³ Dass Parteilite unter der Einwirkung der KSZE-Normen eine intellektuelle Transformation durchlief ist die zentrale These bei Daniel Thomas.⁴⁴ Die Ereignisse des Jahres 1989 erklärt er in seinen Arbeiten insofern als einen Teil des

³⁷ Ebd., S. 184.

³⁸ Zu diesem Begriff siehe Kapitel 4.

³⁹ Rohde-Liebenau, Menschenrechte.

⁴⁰ Schlotter, Peter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Bd. 32, Frankfurt am Main 1999; vgl. auch Ders.: Das Ende der Systemkonfrontation 1989/1990: Der Beitrag des KSZE-Prozesses, in: Corinna Hauswedell (Hrsg.): Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006, S. 115–128.

⁴¹ Der Ausdruck „westliche Wertvorstellungen“ wird in der vorliegenden Studie als ein, auf den Prinzipien der KSZE-Schlussakte erwachsenes Konstrukt „westlicher Werte“ verstanden.

⁴² Schlotter, Die KSZE im Ost-West-Konflikt, hier S. 157.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Thomas, The Helsinki Effect; Ders.: Human Rights Ideas, the Demise of Communism, and the End of the Cold War, in: JCWS, Vol. 7, Nr. 2, 2005, S. 110–141.

Helsinki-Effekts, als Gorbachevs Reformen „von oben“ und der gesellschaftliche Protest „von unten“ auf die zwei dynamischen Entwicklungen zurückgingen, die die KSZE in Gang gesetzt habe: die Transformation der Agenda der Ost-West-Beziehungen und die Mobilisierung der transnationalen und der innersowjetischen Menschenrechtsbewegung. Der daraus erwachsene Demokratisierungsdruck von Seiten des Westens und der Menschenrechtsbewegung habe die Machthaber im Kreml von der Notwendigkeit der Reformen „überzeugen“ können.⁴⁵ Diese Faktoren sowie eine rhetorische Falle, in welche die Parteiführung mit dem fortschreitenden KSZE-Prozess einerseits und mit den angekündigten Liberalisierungen andererseits immer mehr geraten sei, haben laut Thomas bei einem Teil der politischen Elite gewisse Lernprozesse und Veränderungen des Wertesystems ausgelöst und so Gorbachev unter dem steigenden Demokratisierungsdruck zum politischen Wandel bewegen:

„This combination of persuasion and rhetorical entrapment spurred Soviet leaders to initiate political reforms that, in turn, empowered independent activists who were pressing for ever greater democratization. The resulting interaction of top-down reform and bottom-up social mobilization was instrumental in the collapse of Communist rule in the Soviet Union.“⁴⁶

Thomas' Studie steht im Kontext der konstruktivistischen Forschung⁴⁷ über den Einfluss von sozialen Normen und Ideen in der internationalen Politik und stützt sich vorwiegend auf Oral History. Der Autor operiert mit einem heuristischen Ansatz, welcher nicht allein direkte kausale Wirkungen der multilateralen Diplomatie auf das Verhalten der Akteure in der UdSSR, sondern ihre konstitutiven bzw. wesensbestimmenden Effekte thematisiert und dabei nicht die materiellen, sondern die immateriellen Faktoren, die Menschenrechtsideen, in den Fokus rückt. Zentral sind bei ihm die KSZE-Normen, die die Strategien und das Werte-

⁴⁵ Thomas, *The Helsinki Effect*, S. 221.

⁴⁶ Thomas, *Human Rights Ideas*, S. 139.

⁴⁷ Diesem Ansatz liegt die ontologische Annahme einer sozial konstruierten Wirklichkeit zugrunde, in der sich Akteur und Struktur gegenseitig beeinflussen und konstituieren. Für die staatliche Interessenformulierung sind dann nicht mehr nur die machtpolitischen Nutzenkalküle ausschlaggebend, sondern die veränderbaren und in bestimmte Ideen und internationale Strukturen eingebetteten Identitäten sowie die sich daraus ableitende Logik des angemessenen Verhaltens. Für die Konstruktivisten werden somit Ideen bzw. soziale Normen zur erklärenden Variable, welche eine konstitutive Wirkung sowohl für die Akteure als auch für die Struktur der internationalen Beziehungen entfalten und zugleich die Spielregeln der Politik definieren. Demnach waren der KSZE-Prozess bzw. die ihm zugrunde liegenden Menschenrechtsideen in der Lage, staatliche Identitäten und Interessen der UdSSR zu verändern. Allgemein zum Sozialkonstruktivismus siehe: Lehmkuhl, Ursula: *Theorien Internationaler Politik: Einführung und Texte*, Oldenburg 2001; Risse, Thomas: *Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde*, in: Hellmann Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden 2003 (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Bd. 10), S. 99–132; grundsätzlich siehe: Wendt, Alexander: *The Agent-Structure Problem in International Relations Theory*, in: *International Organization*, Vol. 41, Nr. 3, 1987, S. 335–370; Ders.: *Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics*, in: *International Organization*, Vol. 46, Nr. 2, 1992, S. 391–425.

system der sowjetischen politischen Elite und somit die Identität der Sowjetunion mit destruktiven Folgen für das Regime veränderten. Dieser Befund ist nachvollziehbar, jedoch kaum empirisch verifiziert. Vielmehr verführt der stark theoriegeleitete Ansatz den Autor stellenweise zur Apologie und zu einer übereilten Verklärung Gorbatschows als einen mit dem demokratischen Gedankengut „infizierten“ Vorkämpfer der demokratischen Reformen.⁴⁸

Die Arbeit von Thomas und alle anderen hier erwähnten Studien lassen die Vielschichtigkeit der Wirkungen der KSZE im Ostblock bzw. in der UdSSR ahnen. In keiner Studie nimmt jedoch eine umfassende und differenzierte Untersuchung der Auswirkungen der KSZE in der Sowjetunion auf der Grundlage der Primärquellen und speziell zur Zeit der Perestroika eine zentrale Stellung ein, obwohl die multilateralen Verhandlungen noch nie zuvor so intensiv wie unter Michail Gorbatschow geführt wurden und so offensichtlich die innenpolitische Agenda der UdSSR beeinflussten. Fast alle zuvor genannten Wissenschaftler sind sich zwar einig darüber, dass sich im Zuge der Perestroika das Werte- und Präferenzsystem sowohl bei einem Teil der Partielite als auch bei der Bevölkerung unter Einfluss der KSZE fundamental veränderte und dies sich wiederum in der Außenpolitik manifestierte. Doch der Prozess der Aufnahme der westlich-liberalen Ideen in den innersowjetischen Diskurs, ihre Verankerung und Implementierung in das geltende Recht zur Zeit der Perestroika bleiben nach wie vor unklar. Auch der Wandel der Motive und Strategien der sowjetischen KSZE-Politik unter Gorbatschow sind noch nicht hinreichend untersucht worden.⁴⁹

Die vorliegende Arbeit will die genannten Forschungslücken schließen. Sie konzentriert sich auf den KSZE-Prozess zwischen 1985 und 1990/1991⁵⁰ und fragt nach seinen Wirkungen in der Sowjetunion. Anders als die bisher vorliegenden Studien geht sie den indirekten und unmittelbaren Auswirkungen des KSZE-Prozesses und seiner Normen sowohl in der sowjetischen Gesellschaft als auch in der Partielite bzw. in der offiziellen Politik nach. Aus diesem Anspruch ergeben sich (zunächst und insgesamt) folgende vier zusammenhängende Fragenblöcke:

Um die Interdependenzen zwischen der multilateralen Diplomatie und dem Reformprozess der Perestroika zu verstehen, ist erstens zu untersuchen, welche Ziele die Sowjetunion mit welchen Strategien in den jeweiligen KSZE-Verhandlungen in der Zeit zwischen 1985 und 1991 verfolgte, wie und warum sie sich

⁴⁸ Dem Autor unterlaufen auf diese Weise einige Fehler bei der Darstellung der historischen Ereignisse und kausalen Zusammenhänge, etwa wenn er die Bildung einer parteiloyalen Menschenrechtsgruppe („Gesellschaftliche Kommission für internationale Zusammenarbeit im Bereich der humanitären Fragen und der Menschenrechte“ unter Fedor Burlackij) in Zusammenhang mit dem Besuch der Internationalen Helsinki Federation (IHF) in Moskau 1988 bringt. In Wirklichkeit wurde die Kommission bereits 1987 gegründet. Sie lud die IHF 1988 nach Moskau ein. Thomas, *The Helsinki Effect*, S. 242.

⁴⁹ Eine Ausnahme bilden die oben zitierten Arbeiten von Zagorskij, doch sind auch diese nicht auf Regierungsdokumente, sondern vielmehr auf die westliche Sekundärliteratur, Presse, Ego-Dokumente oder das Privatarchiv des Autors gestützt.

⁵⁰ Die vorliegende Studie schließt sich zeitlich und inhaltlich an die Untersuchung von Ernst Wawra über die Folgen des KSZE-Prozesses in der Sowjetunion vor 1985 an.

änderten und inwieweit sie erreicht wurden. Damit hängt der zweite Fragenkomplex zusammen, der nach unmittelbaren Konsequenzen der sowjetischen KSZE-Politik für die gesellschaftspolitische Struktur in der Sowjetunion fragt. Unter dieser Leitfrage sind verschiedene Teilaspekte zu berücksichtigen. Zunächst interessiert, ob und wie der KSZE-Prozess insgesamt bzw. konkrete Verhandlungen die innenpolitischen Entscheidungen und im Einzelnen die Reformmaßnahmen in der UdSSR beeinflussten. Stehen bestimmte Liberalisierungsschritte, die „Freigabe“ einzelner Freiheiten, in einem Zusammenhang mit der KSZE oder lassen sie sich auf den „Gorbačev-Faktor“ reduzieren? Zum anderen soll untersucht werden, ob der wiederbelebte KSZE-Prozess der politischen Massenmobilisierung in der UdSSR Auftrieb verlieh, wie dies bei den Dissidenten der 1970er Jahre der Fall gewesen war? Wenn ja, welche konkreten gesellschaftlichen Auswirkungen hatte die KSZE? Daran schließt sich die Frage an, wie der Parteiapparat auf die Herausforderung „von unten“ reagierte und inwiefern die KSZE die innerstaatlichen Machtstellungen, innerhalb des Parteiapparates und in der Beziehung zwischen dem Staat und der Gesellschaft, beeinflusste oder diese sogar veränderte. Schließlich ist die Perzeption der KSZE auf der Ebene des Staates von Interesse. Unmittelbar damit verbunden ist die dritte Frage nach den normativen Wirkungen der KSZE auf den innergesellschaftlichen Diskurs, die Ideologie sowie das Verhalten der Staatsakteure. Wie die Perestroika bzw. das revidierte Selbstbild der UdSSR auf den KSZE-Prozess bzw. auf die sowjetische KSZE-Politik zurückwirkte und gegebenenfalls Moskaus außenpolitische Motive und Strategien veränderte, ist viertens in Verbindung mit der ersten Fragestellung von Interesse, soweit die zugänglichen Quellen eine Aussage darüber zulassen.

3. Untersuchungsmethode

Die Verfasserin ist der Meinung, dass der Ansatz einer monokausalen Deutung der KSZE für die Perestroika genauso wenig sinnvoll ist wie der Versuch, die Helsinki-Effekte in der Sowjetunion in „hard outcomes“ zu fassen. Die Wirkungen des KSZE-Prozesses, worunter im Folgenden sowohl die Folgetreffen als auch die KSZE-Normen mit den transnationalen Menschenrechtsnetzwerken verstanden werden, waren viel komplexer und meistens indirekter Art bzw. immateriell. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die KSZE eine durch Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren vertraglich begründete, jedoch völkerrechtlich unverbindliche Regelung staatlichen Verhaltens darstellte, deren Wirkungspotenzial sich nicht im Zwang und Nutzenkalkül äußerte und deshalb auch zu Beginn des KSZE-Prozesses als gering eingeschätzt wurde.⁵¹ Folglich wird die Wirkungsgeschichte des KSZE-Prozesses auf die innersowjetischen Entwicklungen nicht nur als ein rein politisches, sondern auch als *soziokulturelles Phänomen* verstanden und untersucht. Die Erarbeitung der aufgeworfenen Fragen bedarf somit einer

⁵¹ Vgl. Rohde-Liebenau, Menschenrechte, hier vor allem S. 9–13.

Verbindung der theoretischen Ansätze der Internationalen Beziehungen, der Politik-, Ideen- und Sozialgeschichte sowie einer breiten Einbeziehung unterschiedlicher Quellenarten.

Ogleich diese Arbeit eine historische, da deskriptiv-analytische Untersuchung auf empirischer Grundlage darstellt, folgt sie in gewisser Hinsicht der Logik des konstruktivistischen Ansatzes. Anders als Rational-Choice-Theorien begreift der Konstruktivismus staatliches Handeln nicht als macht- und interesseninduziert, sondern als normgeleitet. Diesem Ansatz liegt der soziale Akteur, der *homo sociologicus*, zugrunde, der in „ein Netz intersubjektiver Bedeutungsgehalte“ eingebunden ist und „Entscheidungen norm- und regelgeleitet auf dem Hintergrund subjektiver Faktoren, historisch-kultureller Erfahrungen und institutioneller Einbindungen trifft“.⁵² Die Konstruktivisten betonen die Relevanz von Institutionen, Ideen, Normen und Regeln bei Akteurskonstituierung und bei der Interessendefinition, wobei die „sozialen Normen“ als wertgestützte, intersubjektiv geteilte Erwartungen angemessenen Verhaltens⁵³ definiert werden und konstitutiv auf die Staatsakteure wirken. Das heißt, dass sie dem kognitiv-reflexiven Staatsakteur Ziele vorgeben, nach denen er legitimerweise streben soll, während ihre Wirkung sich darin zeigt, dass „Akteure ihre eigenen Präferenzen entsprechend jenen Handlungszielen definieren, die innerhalb des (innerstaatlichen oder internationalen) sozialen Referenzsystems als legitim ausgewiesen werden“.⁵⁴ Was als legitim gilt, wird sowohl auf der Ebene der Internationalen Beziehungen als auch innergesellschaftlich formuliert. Damit sind staatliche Entscheidungsträger einer doppelten „Sozialisation“ ausgesetzt und müssen die an sie gestellten Erwartungen beider Seiten (außen- und innenpolitische Akteure) vor dem Hintergrund ständig neuer Informationen immer wieder erst quasi „erarbeiten“ und berücksichtigen.⁵⁵

⁵² Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theorie-debatte, in: ZIB, Nr. 1, 1994, S. 139–169, hier S. 143; zum Ansatz siehe außerdem: Lehmkuhl, Theorien; Risse, Konstruktivismus; Wendt, The Agent-Structure Problem; Ders., Anarchy; Welde, Jutta: Constructing National Interest, in: European Journal of International Relations, Vol. 2, Nr. 3, 1996, S. 275–318.

⁵³ *Logic of appropriateness* ist der englische, von March und Olsen geprägte Ausdruck dafür. Vgl. March, James G./Olsen, Johan P.: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: International Organization, Vol. 52, Nr. 4, 1998, S. 943–969.

⁵⁴ Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang: Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, in: ZP, Nr. 1, 2001, S. 71–103, hier S. 75.

⁵⁵ Hier kann zwischen *transnationaler* und *sozietales* Sozialisation unterschieden werden. Bei der *transnationalen* Sozialisation handelt es sich um einen Prozess, bei dem sich staatliche Entscheidungsträger internationale Normen, d.h. „die von Staaten geteilten, wertgestützten Erwartungen angemessenen Verhaltens, aneignen“. Die *sozietales* bezeichnet dann den Prozess der Aneignung von gesellschaftlichen Normen durch die staatlichen Entscheidungsträger, d.h. „die von den Bürgerinnen und Bürgern ihres Staates geteilten, wertgestützten Erwartungen angemessenen Verhaltens“. Boekle/Rittberger/Wagner, Soziale Normen, S. 77f.

Soziale Normen regulieren nicht nur soziales Verhalten, sondern sie konstituieren auch die soziale Identität von Akteuren, die wiederum für die Definition ihrer außen- und innenpolitischen Ziele ausschlaggebend ist und auf die internationale Struktur konstitutiv rückwirkt. Die Normen wirken umso effektiver, je stärker sie von Akteuren internalisiert, d. h. so „zu eigen“ gemacht worden sind, dass man sich an diese Normen hält,⁵⁶ und je stärker sie institutionalisiert (in das nationale Rechtssystem übernommen) worden sind. Je mehr Einheiten also eine wertgestützte Erwartung angemessenen Verhaltens teilt und je spezifischer diese Erwartung definiert ist (etwa in den internationalen Vereinbarungen oder im Gesetz), umso stärker wirkt und bestimmt sie das politische Handeln.⁵⁷

Überträgt man diese Logik auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand, so lassen sich politische Veränderungen unter Gorbachev *auch* soziologisch, als Prozess des eigendynamischen Ideenwandels bzw. als kollektiver politischer Lernprozess mit Verhaltensänderungen verstehen, denen nicht eine bloße kalkulierte Verhaltensanpassung, sondern eine Infragestellung und Überprüfung zugrunde liegender Prämissen, Werte und Ziele unter Einwirkung der KSZE vorausging. Die Wirkung der KSZE zeigt sich dann auch darin, dass Staatsakteure ihre Präferenzen entsprechend den KSZE-Normen definieren. Die Untersuchung wird dann durch die Fragen bestimmt, ob und wie die im Rahmen der KSZE vereinbarten Werte und Normen auf die politische Agenda der Sowjetunion gelangten, den innersowjetischen Diskurs und das politische Handeln der Akteure beeinflussten und mit welchen Konsequenzen sie für die Sowjetideologie sowie für die politisch-gesellschaftliche Struktur der Sowjetunion und ihre KSZE-Politik verbunden waren.

Damit stellt sich allerdings die methodische Frage, wie die politischen Akteure, Normen bzw. Ideen sowie der Wandel in der UdSSR empirisch zu erfassen und zu analysieren sind.

Operationell bewegt sich diese Arbeit auf drei Akteurs-Ebenen (auf der transnationalen Ebene des KSZE-Prozesses, auf der innergesellschaftlichen Ebene und auf der Ebene des Parteistaates), wobei der KSZE-Prozess und die sowjetische Gesellschaft als sogenannte Sozialisatoren zu betrachten sind, die die wertegestützten Erwartungen angemessenen Verhaltens an die staatlichen Entscheidungsträger vermittelten. Als entscheidend wird indes die gesellschaftliche Ebene verstanden und analysiert. Mit der bewussten Konzentration auf die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse beansprucht diese Dissertation, einen wichtigen Aspekt der Perestroika in den Blick zu nehmen, der in der Sowjetforschung sehr oft übersehen wird und zwangsläufig zu einseitigen Interpretationen führt. Im Westen wird die Zeit der Perestroika aus elitenzentrierter Perspektive vorwiegend als eine

⁵⁶ Eine Regel ist zur Norm dann internalisiert, wenn man diese für „normal“ hält und nicht darüber nachdenkt, ob sie eingehalten werden soll oder nicht. So ist es in den meisten Demokratien „normal“, dass das Folterverbot gilt, während Fälle seiner Verletzung die Glaubwürdigkeit des Staates beschädigen.

⁵⁷ Boekle/Rittberger/Wagner, Soziale Normen.

Periode der fehlgeschlagenen innenpolitischen Reformen mit Dominanz des „Gorbačev-Faktors“⁵⁸ und weitgehender Marginalisierung der Öffentlichkeit betrachtet.⁵⁹ Geradezu paradigmatisch für diese Sicht ist jüngst die folgende Aussage des Osteuropahistorikers Stefan Plaggenborg: „Viel ließe sich über den Kollaps von 1991 sagen, eines war er gewiss nicht: durch einen Aufstand der Gesellschaft gegen ein überkommenes System hervorgerufen.“⁶⁰ „Strukturwandel sowjetischer Politik durch Öffentlichkeit“ ist der konträre Befund der Untersuchung politischer Ereignisse in Russland im „Wendejahr 1989“ von Helmut Altrichter, auf den sich auch diese Dissertation stützt. Seine Darstellung zeigt, dass die Öffentlichkeit die Politik in der UdSSR so veränderte, dass es immer schwieriger wurde, zu bestimmen, „wo sie [die Politik] eigentlich gemacht wurde, im Politbüro, von der Regierung, im Parlament, von den Medien oder auf der Straße“, und dass der „Gorbatschow-Faktor an Strahlkraft verlor, der Antreiber von einst immer mehr selbst zum Getriebenen wurde“.⁶¹ Diese Sicht teilen viele russischsprachige Abhandlungen, in denen gesellschaftliche Aktivitäten und informelle Subkulturen als Vorläufer der postsowjetischen Parteienlandschaft in den Mittelpunkt gestellt werden.⁶² Umfassende wissenschaftliche Untersuchungen des Aufbruchs der Ge-

⁵⁸ Brown, Der Gorbatschow-Faktor.

⁵⁹ Als Ausnahmen seien hier folgende, hauptsächlich parallel zu den Ereignissen oder unmittelbar nach der Perestroika entstandene Darstellungen zu nennen: Altrichter, Russland; Adler, Nancy: *Victims of Soviet Terror. The Story of the Memorial Movement*, Westport/London 1993; Hosking G./Aves, J./Duncan, P. (Hrsg.): *The Road to Post-Communism: Independent Political Movements in the Soviet Union, 1985–1991*, London 1992; Sedaitis J. B./Butterfield J. (Hrsg.): *Perestroika from Below*, Boulder/San Francisco/Oxford 1991; Vochmenceva, Galina/Luchterhandt, Otto: *Die Genesis der politischen Vereinigungen, Bewegungen und Parteien in der RSFSR unter Berücksichtigung der übrigen UdSSR*, Sankt Augustin 1991; Igrunov, Vjačeslav: *Öffentlichkeitsbewegungen in der UdSSR: Vom Protest zum politischen Selbstbewusstsein*, in: Segbers, Klaus (Hrsg.): *Perestroika. Zwischenbilanz*, Frankfurt am Main 1990, S. 76–105; Eichwede, Wolfgang: *Bürgerrechtsbewegung und neue Öffentlichkeit in der UdSSR*, in: *Osteuropa*, Nr. 1, 1988, S. 18–34; Engert, Steffi/Gartenschläger, Uwe: *Der Aufbruch: Alternative Bewegungen in der Sowjetunion. Perestroika von unten*, Hamburg 1989; Luchterhandt, Otto: *Die Bürgerrechtsbewegung als Vorläufer und Ferment der Reformen*, in: Kappeler, Andreas: *Umbau des Sowjetsystems*, Stuttgart/Bonn 1989, S. 111–145; Alexandrova, Olga: *Informelle Gruppen und Perestrojka in der Sowjetunion. Eine Bestandsaufnahme. Berichte des BIOst*, Nr. 18, Köln 1988; Maljutin, Michail: *Die Informellen in der Perestroika: Erfahrungen und Perspektiven*, in: Afanassjew, Juri (Hrsg.): *Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost Demokratie Sozialismus*, Moskau 1988, S. 272–293.

⁶⁰ Plaggenborg, Stefan: *Das Erbe: Von der Sowjetunion zum neuen Russland*, in: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning: *Länderbericht Russland*, Bonn 2010, S. 29–51, hier S. 35. Diese Sicht wird weitgehend auch vom britischen Historiker Archie Brown geteilt. Vgl. Brown, *Seven Years*, S. 157–189.

⁶¹ Altrichter, *Russland*, hier S. 26f.

⁶² Aus den zahlreichen einschlägigen russischsprachigen Untersuchungen seien hier als Beispiele folgende genannt: Kozodoj, V.I.: *Dviženie sibirskich „neformalov“ v 1986–1990 gg.*, in: *Voprosy istorii*, Nr. 12, 2007, S. 28–43; Ders.: *Stanovlenie oppozicionnyh organizacij v Sibiri (1989 – avgust 1991 g.)*, in: *Voprosy istorii*, Nr. 5, 2008, S. 80–91; Šubin, Aleksandr: *Predannaja demokratija, SSSR i neformaly 1986–1989*, Moskau 2006; Ders.: *Paradoksy Perestrojki. Upuščennyj šans SSSR*, Moskau 2005; Fadeev, Valerij: *Očerki 88 goda (Pochoždenija neformala)*, Moskau 1992; Glezin, Édouard: *Obščestvenno-političeskie neformal'nye organizacii v RSFSR v 1987–*

sellschaft aus der staatlichen Bevormundung in der Perestroikazeit bleiben dennoch sowohl in Russland als auch im Westen gegenüber den elitenorientierten Studien in der Minderzahl. Sie ziehen auch nicht den außenpolitischen Kontext oder explizit den KSZE-Prozess als Einflussfaktoren in Betracht. Ohne den „Gorbačev-Faktor“ zur Disposition stellen zu wollen, will diese Arbeit hingegen auf die Bedeutung der sowjetischen Gesellschaft bei der Sozialisation der KSZE-Normen und folglich bei den politischen Reformen in der UdSSR aufmerksam machen. Denn ohne gesellschaftliche Mobilisierung wären die KSZE-Menschenrechtsnormen kaum auf die politische Agenda der Sowjetunion gelangt und die Lernprozesse ausgelöst worden, die am Ende in der Demontage der Sowjetideologie und den Untergang des Sowjetimperiums mündeten – so die hier vertretene These.

Mit welchen Methoden lassen sich aber die Veränderungen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft, ihre Erwartungen des angemessenen Verhaltens an den Parteistaat sowie die Verbreitung bzw. Behauptung der KSZE-Normen in der UdSSR ermitteln? Die Erhebung kann mit verschiedenen Indikatoren geschehen, sofern der innergesellschaftliche Diskurs keiner totalen Staatskontrolle unterliegt, die Zahl der Diskursteilnehmer nicht beschränkt ist und somit die Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Inhalte und den Wandel des Diskurses gegeben sind. Unter Diskurs wird ein „System des Denkens und Argumentierens“ verstanden, definiert durch einen „gemeinsamen Redegegenstand“, durch reguläres Reden über diesen Gegenstand und durch seine „Relationen zu anderen Diskursen“.⁶³ Ein Diskurs produziert Wissensgehalte, und diejenigen Diskursinhalte, die sich in der gesellschaftlichen Praxis durchsetzen, bedeuten Macht. Denn sie formen und beeinflussen die Denkweise einer Gesellschaft und bestimmen die politische Wirklichkeit. Man spricht deswegen auch von „Macht der Diskurse“ bzw. von „Deutungsmacht“. Je autoritärer ein Staat ist, umso strenger sind die innerstaat-

1990 gg.: stanovlenie i razvitie, Moskau 2008 (Manuskript); Gromov, Andrej/Kuzin, Oleg: Neformaly. Kto est' kto?, Moskau 1990. Die sowjetische Öffentlichkeit der Perestroika war das Thema einer am DHI-Moskau veranstalteten internationalen Konferenz (13.-15. November 2008); siehe den Bericht dazu: Saal, Yuliya von: Meždunarodnaja konferencija „Sovetskaja obščestvennost' v epochu Perestrojki (1985–1991)“ (Moskva, 13–15 nojabrja 2008 g.), in: NLO, Nr. 97, 2009, S. 440–444.

⁶³ Titzmann, Michael: Kulturelles Wissen – Diskurs – Denksystem. Zu einigen Grundbegriffen der Literaturgeschichtsschreibung, in: Zeitschrift für französische Sprache und Literatur, Bd. 99, 1989, S. 47–61, S. 51 ff. Die Verwendung des Diskursbegriffes ist nicht unproblematisch, was dem Umstand seiner Bedeutungsvielfalt und unterschiedlichen kontextuellen Einbindungen geschuldet ist. Obgleich der Diskurs im Folgenden nicht den zentralen Untersuchungsgegenstand und die Arbeit selbst keine Diskursanalyse im engeren Sinne darstellt – weshalb hier auf die theoretische Debatte zur historischen Diskursanalyse verzichtet wird –, ist der Gebrauch des Begriffs als ein Analyseinstrument zur Beschreibung des sich verändernden Werte- und Präferenzsystems in der Sowjetunion der Perestroika stellenweise unverzichtbar. Grundsätzlich zum Diskurs sowie zur Zusammenfassung der theoretischen Debatte siehe: Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt am Main 2000; Landwehr, Achim: Diskurs und Wandel. Wege der historischen Diskursforschung, in: Ders. (Hrsg.): Diskursiver Wandel, Wiesbaden 2010, S. 11–30; Ders.: Historische Geschichtsanalyse, Frankfurt am Main 2008.

lichen Diskurse durch bestimmte Denkstrukturen (Kultur, Ideologie) reglementiert und institutionell kontrolliert. Auch die Zahl der Diskursteilnehmer ist in der Regel beschränkt. Die Reproduktion bestimmter systemimmanenter Diskurse dient dann der Festigung des Systems und umgekehrt: Ihre abweichenden Formen schwächen es, wie es in der UdSSR als Konsequenz der Glasnost-Politik geschah. Da im Zuge erster Liberalisierungsmaßnahmen (Glasnost) in der Sowjetunion bereits ab 1987 eine strenge Reglementierung von Diskursinhalten und Teilnehmern kontinuierlich abnahm, lassen sich die normativen Bestandteile dieser Diskursinhalte sowohl aus den programmatischen Aussagen der gesellschaftlichen Gruppen als auch aus den öffentlichen Diskussionen (Medien) und Parlamentsdebatten mit qualitativ-interpretativen Methoden „herausdestillieren“ und auch quantitativ mit den Meinungsumfragen „messen“. Auf diese Weise können Veränderungen in den gesellschaftlichen Erwartungen an den Parteistaat festgestellt werden. Die Verbreitung und die Bedeutung der KSZE-Normen in diesem Prozess lassen sich dann ebenso messen.

Die Gliederung dieser Arbeit soll den gewählten kombinierten Untersuchungsansatz und die Eigendynamik des innenpolitischen Wandels sowie der Machtverhältnisse in der UdSSR in der Zeit zwischen 1985 und 1991 widerspiegeln. Sie ist deshalb weniger chronologisch und ereignisorientiert als vielmehr systematisch aufgebaut und setzt einen Perspektivenwechsel voraus.

In dem auf die Einleitung (Teil I) folgenden Teil II wird zunächst hinführend ein kurzer historischer Überblick zum KSZE-Prozess vor 1985 gegeben und allgemein gefragt, welche Herausforderungen die multilaterale Diplomatie für die Sowjetunion mit sich brachte und wie Moskau darauf reagierte. Im zweiten Kapitel dieses Teils stehen dann einerseits die Anfänge und Intentionen von Michail Gorbatschovs innenpolitischen Liberalisierungsmaßnahmen und andererseits der Wandel der sowjetischen KSZE-Politik in der Zeit zwischen 1985 und 1987 im Fokus. Hier ist von Interesse, in welchem Zusammenhang sich beide Prozesse zueinander befanden. Welche Ziele wurden mit welchen Mitteln von Gorbatschov verfolgt? Und wie ist der sich abzeichnende Paradigmenwechsel in der sowjetischen KSZE-Politik bereits zu Beginn des KSZE-Folgetreffens in Wien (1986–1989) sowie in der Innenpolitik zu erklären? Die Eigendynamik der Folgen dieser anfänglichen Korrekturen in der Innen- und Außenpolitik werden im analytischen Teil III untersucht. In den Mittelpunkt rücken jene Felder der Perestrojka, die zum ersten Mal dem Normenkatalog der KSZE Rechnung trugen, zugleich aber das Entstehen von der KPdSU und der offiziellen Ideologie entgegengesetzt stehenden Gruppen und Diskursinhalten in der Zeit zwischen 1986 und 1989 nach sich zogen. Es handelte sich dabei um die Entkriminalisierung des Rechts auf freie Organisation in Gruppen und Vereinigungen außerhalb der staatlichen Strukturen mit der Herausbildung einer informellen Öffentlichkeit (Kapitel 1), um Zugeständnisse im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit und die Verbreitung des „zweiten Samizdats“ (Kapitel 2), um die Erleichterung der Emigration aus der UdSSR vor dem Hintergrund der wachsenden Ausreisebewegung (Kapitel 3) und um die Problematisierung des Rechts auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker

und der Unverletzlichkeit der Grenzen durch die Nationalbewegungen am Beispiel des Baltikums (Kapitel 4). Die Darstellung dieser an Eigendynamik gewinnenden, teilweise parallel ablaufenden und sich überschneidenden Prozesse soll illustrieren, wie die Parteiführung in dem Maße ihre Interpretationshoheit über die skizzierten Politikfelder bzw. geltenden Normen und damit die politische Macht verlor, wie diese Felder von der Gesellschaft und von den KSZE-Teilnehmerstaaten problematisiert wurden und sich im innersowjetischen Wertediskurs auf Kosten des bisher gültigen sozialistischen Wertekanons durchsetzen konnten. Die mit diesen Prozessen einhergehende Mobilisierung der gesellschaftlichen und innerstaatlichen Opposition, der Demokratisierungsdruck und der öffentlich werdende Menschenrechtsdiskurs sowie seine Entideologisierung stehen im Fokus des 5. Kapitels. Kapitel 6 hat politische Reformen zum Inhalt. Hier geht es vor allem um die Frage, inwiefern westlich-liberale Werte und Normen den Normenhaushalt der Sowjetunion veränderten und konstitutiv auf die Reformen wirkten. Eine kurze Bestandsaufnahme der sowjetischen Wirklichkeit zur Jahreswende 1988/1989 in Form einer Zwischenbilanz (Kapitel 7) leitet zum Teil IV über, der den Zeitraum zwischen 1989 und der Auflösung der UdSSR 1991 abdeckt und den vierten Fragenkomplex in die Analyse einbezieht. Im ersten Kapitel wird zunächst zu untersuchen sein, inwiefern die im Teil III dargestellten innersowjetischen Wandlungsprozesse die sowjetische KSZE-Politik (Ziele und Strategien) veränderten und für die Preisgabe von Moskaus früheren Positionen im Verlauf der Verhandlungen auf dem KSZE-Treffen in Wien Anfang 1989 von Bedeutung waren. Wie sich das in Wien unterzeichnete Dokument mit den sehr detaillierten neuen Menschenrechtsnormen auf den weiteren politischen Reformkurs, auf die Gesellschaft und die politische Struktur der Sowjetunion auswirkten, wird im zweiten Kapitel analysiert. Moskaus Bekenntnis zum westlich-liberalen Gesellschaftsmodell in Paris (1989), Bonn (1990) und Kopenhagen (1990) vor dem Hintergrund von Gorbatschows „Wende nach rechts“ und der Zerfall der Sowjetunion 1991 werden am Ende der Untersuchung als zwei Seiten derselben Medaille diskutiert. Mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick in das postkommunistische Russland endet die Untersuchung (Teil V), wobei hier auch der Frage nachgegangen werden soll, ob eine Institutionalisierung bzw. Habitualisierung von KSZE-Menschenrechtsnormen in der UdSSR erfolgt ist oder nicht.

4. Akteurs-Ebenen: Parteistaat und informelle Öffentlichkeit

Da das Hauptaugenmerk der Arbeit vor allem auf die gesellschaftspolitischen Prozesse und die Folgen der KSZE in der Sowjetunion gerichtet ist, konzentriert sie sich vorwiegend auf zwei Akteurs-Ebenen: die des Parteistaates und die der Gesellschaft. Weil daher der gesellschaftspolitische Strukturwandel im Mittelpunkt stehen wird, bedarf es einer Spezifizierung dieser Ebenen bzw. der Machtverhältnisse und des Staatsaufbaus in der UdSSR im Untersuchungszeitraum.

In der UdSSR gab es keine Trennung zwischen Staat und Partei. In der Zeit von 1985 bis 1991 veränderte sich jedoch die Beziehung zwischen Partei und Staat und somit wandelten sich auch die Machtverhältnisse. Nachdem die politische Richtliniengewalt jahrzehntelang dem Politbüro und damit der Partei bzw. dem Generalsekretär zugestanden hatte, ging sie mit der Reform des politischen Systems und mit der Gründung des Volkskongresses 1988/1989 auf die Legislative und mit der Einführung des Präsidentenamtes 1990 auf die Exekutive und damit auf den Staat über.⁶⁴ Die Rechtswirklichkeit sah jedoch etwas anders aus. Zum einen wurde die postulierte Trennung von Partei und Staat nicht eingehalten – nach seiner Wahl zum Präsidenten 1990 behielt z. B. Gorbačev den Posten des Generalsekretärs der KPdSU. Zum anderen verloren sowohl Staat als auch Partei unionsweit an realen Einflussmöglichkeiten in dem Maße, wie die politische Opposition in der Sowjetunion wuchs. Bereits 1989 wurde die Machtlosigkeit der Staats- und Parteiorgane offensichtlich.⁶⁵ Dieser Wandel erfordert auch eine stetige Betrachtung der handelnden Akteure.

Generell zeichnete sich die UdSSR bis Anfang 1991 durch ein dreifach hierarchisch strukturiertes bürokratisches System aus (die Partei, die Regierung und die Räte), deren Mitgliedschaften sich jedoch überschneiden und von der Partei dominiert wurden. Auf den verschiedenen Ebenen der administrativen Hierarchie wiederholte sich diese, im Folgenden zu skizzierende Organisation. Nach Artikel 6 der Verfassung war die Partei „die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen“.⁶⁶ Sie legte die Linie der Innen- und Außenpolitik der UdSSR fest; ihr waren nach dem Organisationsprinzip des „demokratischen Zentralismus“ alle Parteiorganisationen unterstellt, während die Beschlüsse der höheren Organe für die unteren verbindlich und Fraktionen verboten waren. Den Parteikomitees kam dabei auf allen Verwaltungsebenen die Funktion von Führungsorganen zu. Eigene Zentralkomitees mit einem Politbüro, einem Sekretariat und einem eigenen Apparat gab es in allen Republiken, mit Ausnahme der RSFSR. Darunter folgten die Gebiets- [oblastnoj komitet, Obkom], Stadt- [gorodskoj komitet, Gorkom] und Distriktkomitees [rajennyj komitet, Rajkom], die sich weiter in kleinere Zellen bis hinunter in die Betriebe gliederten. Die Aufsicht über die Tätigkeit der KP hatte in der Zeit zwischen den formell höchsten Organen, den Parteitag, auf denen seit 1971 das Zentralkomitee (ZK) der KPdSU gewählt und das Programm sowie das Statut der Partei verabschiedet wurden, das ZK der KPdSU, deren Mitglieder sich in Vollmitglieder und Kandidaten teilten. Das ZK trat jedoch nur zweimal jährlich zusammen, während seinen Vollzugsorganen,

⁶⁴ Zum sich wandelnden Verhältnis zwischen Staat und Partei siehe Hain, Sabine: Partei und Staat in der Sowjetunion 1985–1991, Hamburg 2006.

⁶⁵ Vgl. Altrichter, Russland.

⁶⁶ Zur Verfassung siehe: http://mdx.bib-bvb.de/cocoon/1000dok/dok_0042_ver.html?object=abstract&lang=de; zu Herrschaftsstrukturen nach der Annahme der neuen Verfassung 1977 vgl. Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Aufstieg und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 847–877.

dem Politbüro, dem ZK-Sekretariat, mit seinem mächtigen, unter Brežnev aufgeblähten Apparat, und dem Komitee für Parteikontrolle, eine größere Bedeutung zukam.

Die zentrale, Staat und Partei verbindende Figur war der Generalsekretär, der Vorsitzende der Partei – zwischen 1985 und 1991 – Michail Gorbatschow. Die Partei stattete ihn mit einer Allmacht aus, die ihn zu der eigentlichen Entscheidungsperson in allen Fragen machte, sei es in der Innen- oder der Außenpolitik. Seine Macht musste der Parteichef allerdings mit dem Politbüro teilen, das vom ZK gewählt wurde und normalerweise aus zwölf stimmberechtigten Mitgliedern und sieben nichtstimmberechtigten Kandidaten bestand. In den wöchentlichen Sitzungen wurde hier die innen- und außenpolitische Linie der Partei und des Staates bestimmt; es stellte die eigentliche Regierung der Sowjetunion dar. Der Generalsekretär führte den Vorsitz. Auf Empfehlung des Politbüros hätte er jedoch vom ZK der Partei jederzeit aus dem Amt entfernt werden können, wie es im Oktober 1964 Nikita Chruschtschow widerfuhr. Der Generalsekretär war somit bei der Durchsetzung seiner Politik auf die Loyalitäten der ZK-Mitglieder angewiesen. Dass dies keine leichte Aufgabe war, deutet die Zusammensetzung der Parteibürokratie an. Denn trotz einer schnellen Beförderung der Liberalen⁶⁷ durch Gorbatschow gleich nach seinem Machtantritt blieben die Konservativen im Parteiestablishment dennoch in der Überzahl.⁶⁸ Wollte Gorbatschow das Projekt Perestrojka voranbringen, so war er angehalten, den konservativen Kräften Zugeständnisse zu machen bzw. auf sie Acht zu geben.

Die Partei (im Einzelnen der Generalsekretär und das Politbüro) ist also als maßgeblicher Entscheidungsakteur für die erste Hälfte der Perestrojka zu benennen, während die zentralen Staatsorgane (der Oberste Sowjet und der Ministerrat) für die Untersuchung in diesem Zeitraum nicht wirklich von Bedeutung sind.⁶⁹ Diese Machtverhältnisse sollten sich infolge von Gorbatschows Reformen 1988/1989 ändern. Seit 1989 rücken deshalb auf der Ebene des Staates der neu eingeführte Volkskongress und der veränderte Oberste Sowjet als parlamentarische Gremien mit den umfangreichen Gesetzgebungskompetenzen mit ins Zentrum der Analyse.

⁶⁷ Zu nennen sind hier vor allem die Beförderungen von Eduard Ševardnadze (Juni 1985) zum Vollmitglied des Politbüros; von Aleksandr Jakovlev zum Mitglied und Sekretär des ZK, im Juni 1987 auch zum Vollmitglied des Politbüros; von Boris El'cin (Dezember 1985) zum ersten Sekretär des Stadtkomitees (Parteichef) von Moskau sowie die Ernennungen von Anatolij Černjaev, Andrej Gračev, Georgij Šachnazarov, Ivan Frolov und Fedor Burlackij zu engen Mitarbeitern des Generalsekretärs. Mehr hierzu siehe bei Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 169–191.

⁶⁸ Ebd., S. 188.

⁶⁹ Dem Ministerrat kam die Ausführung der Beschlüsse im administrativen Sinne zu. Der Oberste Sowjet der UdSSR mit den zwei Kammern des Unions- und Nationalitätensowjets tagte nur zweimal im Jahr für jeweils zwei bis drei Tage, um den Gesetzen zuzustimmen, und konnte schon allein deswegen nicht die Partei und die Regierung real kontrollieren. Vgl. Hilfermeier, *Geschichte*, S. 857–866.

Etwas komplizierter gestaltet sich die Verortung der Akteure, welche in die Beschlussfassung im Rahmen der sowjetischen KSZE-Politik involviert waren. Zwar war das sowjetische Ministerium für Außenpolitische Angelegenheiten (künftig: MID, von *Ministerstvo inostrannyh del*), das zwischen Juli 1985 und Januar 1991 von Ėduard Ševardnadze geleitet wurde, für die konzeptionelle Ausarbeitung der KSZE-Politik zuständig; ihm kam ebenfalls die Koordinierung bei der Implementierung der Außenpolitik zu. In beide Prozesse wurden jedoch auch andere staatliche Stellen einbezogen, wobei bis 1990 das letzte Wort das Politbüro hatte.⁷⁰ So erarbeitete das MID die Entwürfe der Instruktionen für die Delegationen. Diese bedurften jedoch nach dem Konsensprinzip die Zustimmung vieler anderer Regierungsstellen, mit dem Endergebnis, dass solche Institutionen, wie zum Beispiel der KGB oder das Innenministerium, mit dem ihnen zustehenden Vetorecht in die Formulierung sowjetischer KSZE-Politik massiv eingreifen oder die Umsetzung außenpolitischer Verpflichtungen verzögern konnten, wie dies auch öfters der Fall war.⁷¹ Zusätzlich zu den Schwierigkeiten der *interministeriellen* Koordination gab es Probleme auch auf der *intraministeriellen* Ebene, denn innerhalb des MID befassten sich mehrere Abteilungen mit der KSZE-Politik. Die strukturellen Reformen des MID in der Zeit zwischen Juli 1985 und Juni 1986 brachten hier zunächst keinerlei Abhilfe. Es entstanden erstmals selbstständige Einheiten, die sich mit der Problematik des KSZE-Prozesses befassten. So wurde 1986 eine „Abteilung für humanitäre und kulturelle Zusammenarbeit“ gebildet, die vom Botschafter sowie Delegationsleiter auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien (1986–1989), Jurij Kašlev, geleitet wurde. Ein selbstständiges Referat für „Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (RFSZE) entstand nach dem Beginn des Wiener Treffens Anfang 1987 unter Botschafter Jurij Derjabin. Je nach Sachgebiet verteilte sich aber die breite Thematik der KSZE auf unterschiedliche Abteilungen: Die „Abteilung für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung“ betreute Fragen militärischer Sicherheit; die „Informationsabteilung und die der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ die Fragen des Informationsaustausches und der Arbeitsbedingungen von Journalisten; die „Unterabteilung Menschenrechte“ (später als „Abteilung für humanitäre Zusammenarbeit und Menschenrechte“

⁷⁰ Zu den außenpolitischen Entscheidungsprozessen und zur Arbeit des MID während der Perestroika gibt es kaum Literatur. Dieser Darstellung liegen deshalb hauptsächlich die Erläuterungen von Andrej Zagorskij und die Erinnerungen von Anatolij Adamišin zugrunde. Vgl. Zagorski, *Die menschliche Dimension*, S. 44–51; Adamishin, *Anatoly/Schifter, Richard: Human Rights, Perestroika, and the End of the Cold War*, Washington 2009; siehe auch: Torkunov, A.B. (Hrsg.): *Očerki istorii ministerstva inostrannyh del Rossii*, Bd. 2, 1917–2002 gg., Moskau 2002, S. 437–506; Nichol, James P.: *Perestroika of the Soviet Ministry of Foreign Affairs during the Gorbachev Period*, Amherst 1988; Pochlebkina, V.V.: *Vnešnjaia politika Rusi, Rossii i SSSR za 1000 let v imenach, datach, faktach*. Vypusk 1. *Vedomstva vnešnej politiki i ich rukovoditeli*. Spravočnik, Moskau 1992; Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 350–362.

⁷¹ Gerade die Implementierung der außenpolitischen Verpflichtungen verzögerte sich wegen der notwendigen Einbindung diverser Institutionen und den Widerständen traditionell konservativer Stellen. Darüber berichtet auch Adamišin. Vgl. Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 88, hier am Beispiel der sowjetischen Ausreisepolitik.

unter Jurij Rešetov selbstständig) in der oben erwähnten „Abteilung für humanitäre und kulturelle Zusammenarbeit“ die humanitären Probleme. Im Jahr 1987 bestand die MID-Struktur aus insgesamt 45 Unterabteilungen.⁷² Angesichts solcher Verästelungen ist es leicht nachvollziehbar, welchen Koordinationsproblemen das Ministerium in Fragen der KSZE-Politik ausgesetzt war. Erschwerend kam die Tatsache hinzu, dass einzelne Referate des Ministeriums untereinander zuweilen große ideologische Differenzen aufweisen konnten. Erst nach dem Treffen in Wien wurde eine „KSZE-Kommission“ unter Vorsitz von Jurij Kašlev eingerichtet, die eine koordinierende Funktion bekam und neben dem RFSZE zu einem wichtigen Organ in Fragen der KSZE-Politik innerhalb des MID wurde. Die Koordinationsprobleme blieben dennoch bis zum Ende der Sowjetunion bestehen, sodass auch die Implementierung der KSZE-Bestimmungen aufgrund von Widerständen konservativer staatlicher Stellen nur schleppend vorankam.

Nichtsdestoweniger erfolgte unter Leitung des Georgiers Édouard Ševardnadze, der im Sommer 1985 völlig überraschend Nachfolger Andrej Gromykos wurde, eine Aufwertung und Profilierung des Ministeriums als Ganzes.⁷³ Ševardnadze selbst verfügte über großen Einfluss auf die Formulierung und Ausführung der KSZE-Politik und galt als ein liberaler Verbündeter Gorbačëvs. Andrej Zagorskij zufolge befasste er sich „persönlich mit den wichtigsten Aspekten der KSZE-Entwicklung“.⁷⁴ Zwar war bis 1989/90 die Selbstständigkeit des MID durch die Dominanz des Politbüros und des Generalsekretärs stark eingeschränkt; die Leitung beider Stellen durch geistesverwandte Personen minimierte jedoch denkbare Meinungsdivergenzen. Laut Anatolij Dobrynin, der als sowjetischer Botschafter in den USA (1962 bis 1986) eine Schlüsselstellung in den Beziehungen zwischen Moskau und Washington einnahm und später als Berater von Gorbačëv tätig war, bildete der Generalsekretär zusammen mit Ševardnadze schon bald ein Tandem, das den außenpolitischen Kurs des Landes faktisch vollständig bestimmte.⁷⁵ Wichtige Fragen wurden zwar im Politbüro diskutiert und die bedeutenden Entscheidungen dort gebilligt, doch gehörte ihm auch Ševardnadze seit Sommer 1985 als Vollmitglied an. Unter Ševardnadzes Einfluss veränderten die Interventionen des Politbüros nicht selten die Richtlinien der gesamten sowjetischen KSZE-Politik. Dies war z. B. bei einer in „stürmischen Debatten“⁷⁶ gefallenen Entscheidung des Politbüros der Fall, auf dem KSZE-Treffen in Wien eine Menschen-

⁷² Vgl. Torkunov, Očerki, S. 440.

⁷³ Die Radikalität der Neuerungen im MID, welche auch den Austausch von Kadern beinhalteten, bringt Oleg Grinevskij in seinen Memoiren zum Ausdruck, indem er vom „Gemetzelt“, das Ševardnadze in der Behörde anrichtete“, spricht. Grinevskij, Oleg: Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996, S. 48.

⁷⁴ Zagorski, Die menschliche Dimension der KSZE, S. 48. Diesen Eindruck hinterlassen auch die Memoiren von Ševardnadze, in denen er zur sowjetischen KSZE-Politik mehrfach Stellung bezieht; vgl. Ševardnadze, Die Zukunft.

⁷⁵ Dobrynin, Sugubo doveritel'no, S. 612, 655f.

⁷⁶ So der Bericht von Ševardnadze; vgl. Ševardnadze, Die Zukunft, S. 162; dazu mehr siehe Teil II, Kapitel 2.

rechtskonferenz in Moskau vorzuschlagen, was einen völligen Kurswechsel sowjetischer Außenpolitik nach sich zog.

Mit dem allgemein zu beobachtenden Machtverlust des Politbüros im Zuge der politischen Reformen seit 1988 ging auch der Einfluss der Partei und ihrer Strukturen auf die Außenpolitik zurück. Gorbačevs Dominanz blieb jedoch erhalten. Anders als in der Innenpolitik steigerte sich seine außenpolitische Machtfülle zum Ende der Perestroika sogar.⁷⁷ Das MID legte ihm als Präsidenten der UdSSR (seit März 1990) Rechenschaft ab. Das Ministerium und die Diplomaten besaßen aber 1990/1991 weitaus größere Spielräume bei der Formulierung der KSZE-Politik als noch zu Beginn der Perestroika. Es ist deshalb zu vermuten, dass die Beweggründe und Interessen jener, an diesem Prozess beteiligten Akteure die Ergebnisse sowjetischer Außenpolitik, insbesondere in der Endphase der Perestroika, nun viel mehr als früher beeinflussten.

Wenn also im Folgenden nach Motiven hinter der sowjetischen KSZE-Politik gefragt wird, dann darf nicht vergessen werden, dass verschiedene Faktoren, Stellen und Personen abhängig von den jeweiligen Machtverhältnissen und Zeiträumen diese Politik bzw. die Kommunikation auf der multilateralen Ebene bedingten. Die zentralen Figuren blieben jedoch zu jeder Zeit Michail Gorbačev und bis Dezember 1990 Eduard Ševardnadze.⁷⁸

Während in der außenpolitischen Willensbildung Michail Gorbačev und Eduard Ševardnadze ihre Dominanz behielten, wurden innenpolitische Entscheidungen immer mehr unter Einwirkung der Öffentlichkeit bzw. der „informellen Öffentlichkeit“ gefällt. Damit ist ein für die Sowjetunion spezifischer Sammelbegriff für die Handelnden auf der gesellschaftlichen Ebene genannt. Der diesem Begriff inhärente Widerspruch reflektiert die gesellschaftspolitische Wirklichkeit der Perestroika und bedarf einer näheren Erläuterung. Er hat zunächst wenig mit der westlichen Konzeption der „bürgerlichen Öffentlichkeit“ von Jürgen Habermas⁷⁹ zu tun und wird bewusst aus diesem normativen Kontext gelöst angewendet. Begriffsgeschichtlich⁸⁰ hat sich der Begriff „Öffentlichkeit“ in den westlichen

⁷⁷ Auch wenn Gorbačev und Ševardnadze die außenpolitische Willensbildung in gewisser Weise monopolisierten, auch einzelne Personen, die im Zuge von Gorbačevs personalpolitischen Schlüsselentscheidungen in die Formulierung des „Neuen Denkens“ einbezogen wurden, hatten von Anfang an einen großen Einfluss bei der Konzeptionierung sowjetischer Außenpolitik. Dazu gehörten auch wissenschaftliche Institute (hier vor allem IMEMO). Einen entscheidenden Beitrag leisteten dabei Anatolij Černjaev, der im Februar 1986 zum Hauptberater von Gorbačev in Sachen Außenpolitik geworden war, Georgij Šachnazarov und Vadim Zagladin, ebenfalls Berater, Ivan Frolov, der im Januar 1987 zum Berater für Ideologiefragen wurde sowie der bereits erwähnte Aleksandr Jakovlev. Zur Bedeutung verschiedener Personen im Umfeld Gorbačevs siehe Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 169–197, 350–362.

⁷⁸ Im Dezember 1990 trat Ševardnadze unerwartet als Außenminister zurück. Siehe Teil IV, Kapitel 2.3.

⁷⁹ Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* [1962], Neuaufgabe mit einem Vorwort von 1990, Frankfurt am Main 1999, hier S. 86ff.

⁸⁰ Zur historischen Entwicklung des Begriffs bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts siehe: Hölscher, Lucian: *Öffentlichkeit*, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): *Ge-*

Kulturkreisen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts herausgebildet. Als ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft impliziert er vor allem die „vierte Gewalt“, die Vorstellung eines separat neben dem Staat existierenden kritischen, kollektiven Akteurs in einem demokratisch verfassten Staat. Das Konzept der „Öffentlichkeit“ beinhaltet neben dem Vorhandensein diskursbestimmender Gruppen und einer „öffentlichen Meinung“⁸¹ eine Garantie der Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit mit der Möglichkeit zu kollektiven Diskursen. Es geht dabei um eine freie, politikrelevante Kommunikation und Wissenserzeugung – Elemente, die es so in einem autoritären System nicht oder nur eingeschränkt gibt, da die öffentliche Kommunikationssphäre in der Regel der Regierungskontrolle unterliegt, sodass die Medien und die darin geführten Diskurse dem Ideal einer, im Fall der UdSSR sozialistischen, Utopie zu entsprechen haben.⁸² Für die „Gesellschaften sowjetischen Typs“⁸³ ist es deswegen angebracht, mehrere *Sphären* von Öffentlichkeit zu unterscheiden. Diese Vielschichtigkeit thematisiert das Model von Ingrid Oswald und Viktor Voronkov.⁸⁴ Es unterscheidet drei verschiedene Sphären der Öffentlichkeit, jede mit ihren festen Regeln und Praktiken, getrennt durch durchlässige Demarkationslinien. Die dem Staatsapparat unterstellte „offiziell-öffentliche“ Sphäre beschreibt darin den Bereich des gesellschaftlichen Lebens, der vom Machtapparat in der UdSSR komplett dominiert wurde und in dem das „gesetzte“ Recht der sozialistischen Utopie galt. Hier handelte die Gesellschaft nach den von ihr erwarteten Standards, während die Alltagswelt des realen Lebens von Alltagsnormen beherrscht wurde, die wiederum keine Geltung in der offiziellen Sphäre hatten. Die „Privatsphäre“ war nur gering entwickelt. Die „privat-öffentliche“ Sphäre des realen Lebens bot hingegen einen Rückzugsraum ins halb Private an. Sie stellte jene „zweite Öffentlichkeit“ dar, wo man einigermaßen frei von Staatskontrolle das kommunizieren konnte, was in der „offiziell-öffentlichen“ Sphäre ein Tabu blieb. Diese Vielschichtigkeit der sowjetischen Öffentlichkeit brachte die „soziale Schizophrenie“ des *homo sovieticus* hervor. Die Sowjetbürger entfernten sich bewusst vom Offiziellen und „lebten ihren Alltag, indem

schichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 413–467.

⁸¹ „Öffentliche Meinung“ wird wiederum als „kollektive Vorstellungen mehr oder weniger großer Bevölkerungsgruppen über das, was wichtig, richtig und dann auch dringend zu tun ist“, definiert. Neidhardt, Friedhelm: Jenseits des Palavers. Funktionen politischer Öffentlichkeit, in: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Medien, Forschung und Wissenschaft, Bd. 8, Münster 2005, S. 19–30.

⁸² Vgl. Rittersporn, Gábor T./Rolf, Malte/Behrends, Jan C. (Hrsg.): Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, Frankfurt am Main 2003.

⁸³ Als solche werden die am sowjetischen Modell orientierten Regime verstanden. Zur Begrifflichkeit siehe ausführlich: Rittersporn, Gábor T./Rolf, Malte/Behrends, Jan: Öffentliche Räume und Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Ein erster Blick aus komparativer Perspektive (Einleitung), in: Rittersporn/ Malte/Behrends, Sphären von Öffentlichkeit, S. 7–21.

⁸⁴ Oswald, Ingrid/Voronkov, Viktor: Licht an, Licht aus! „Öffentlichkeit“ in der (post)sowjetischen Gesellschaft, in: Rittersporn/Malte/Behrends, Sphären von Öffentlichkeit, S. 37–61; vgl. auch Voronkov, Viktor: Analitičeskoe obozrenie, in: Alekseeva, Pokolenie, S. 371–383.

sie [...] ihn in routinierten Abläufen, standardisierten Handlungssets, erledigten⁸⁵, während ihr Handeln und das Gesagte nicht dem Gedachten entsprachen. Dieses Phänomen der „verdoppelten Kommunikationsstandards“⁸⁶ einerseits sowie die Unfähigkeit des autoritären Systems andererseits, sich an den gesellschaftlichen Wandel anzupassen und den „sozialen ‚Metabolismus‘“⁸⁷ zwischen Gesellschaft und Staat aufrechtzuerhalten, führten zur Entstehung alternativer, von der offiziellen Ideologie abweichender Denkformen und zur Herausbildung *informeller Beziehungsfelder*⁸⁸ in der UdSSR noch vor Gorbačevs Perestrojka. Als soziologische Erscheinung steht somit die *Informalität* für ein psychologisches Phänomen in der autoritär beherrschten sowjetischen Gesellschaft, welches das Bestreben beschreibt, sich durch den Ausschluss aus den offiziellen Strukturen maximal zu verwirklichen, was in der offiziellen Sphäre nicht möglich war.

Obgleich es die nonkonformistischen Verhaltensmuster und sogar die Herausbildung informeller Gruppen auch vor 1985 gab, kam es zu einer Ausweitung dieses Phänomens erst unter Gorbačev. Die zunächst spontan entstehenden Subkulturen und informellen Gruppen und Klubs im Bereich der Freizeitgestaltung zogen vor allem die engagierten Jugendlichen an, die in den offiziellen Strukturen keine für sich akzeptable Rolle gefunden hatten. Diese Entwicklungen führten zur Etablierung des Begriffs „Informeller“ [Neformal], mit dem man das Phänomen spontaner Selbstorganisation von unten umschrieb.⁸⁹ Da der Begriff „informell“ im Russischen ein Antonym des Wortes „offiziell“ [official’nyj] und des Wortes „formal“ [formal’nyj] im Sinne von „bürokratisch“ darstellt, kam dadurch vor allem die Gegenstellung der informellen Gruppen zu den offiziellen Organisationen (der Jugendorganisation Komsomol und damit der Partei) zum Ausdruck. Denn die informellen Vereinigungen bildeten sich außerhalb der Parteiorgane, ließen sich nicht registrieren (oder konnten dies nicht) und wollten nicht die Bevormundung durch die Partei akzeptieren. Ein Merkmal der Informellen war ihre – rechtlich gesehen – illegale Stellung. Die einzige noch aus der Stalin-Zeit vom 10. Juli 1932 stammende und nur in den einzelnen Republiken geltende Rechtsordnung „über die freiwilligen Gesellschaften und Verbände“ ließ nur solche Zusammenschlüsse von Bürgern zu, die sich allein dem Aufbau des Sozialismus verpflichteten, was bei der Vielzahl der Informellen immer weniger der Fall war. Daran änderte auch die im Mai 1986 verabschiedete neue „Ordnung über die

⁸⁵ Oswald/Voronkov, Licht an, Licht aus!, S. 47.

⁸⁶ Ebd., S. 46.

⁸⁷ Čurbanov, V./Neljubin, A.: Neformal’nye ob’edinenija i Perestrojka: nadeždy i trevogi, in: Pečenev, A./V’junickij, V.: Neformaly: kto oni? Kuda zovut?, Moskau 1990, S. 9–47, hier S. 17.

⁸⁸ Hierunter werden nicht nur die klassischen Dissidenten, sondern auch die ökologischen Bewegungen, Kommunarden, Barden usw. gezählt. Šubin datiert die Entstehung der informellen Gruppen in die 1950er Jahre. Šubin, Aleksandr: Dissidenty, neformaly i svoboda v SSSR, Moskau 2008.

⁸⁹ Zu den Anfängen siehe u. a.: Ebd.; Nenaschew, Sergej: Zur eigenen Identität finden (Leningrader Informelle: Wer sind sie?), Moskau 1990; Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis.

Liebhaberinteressenvereinigungen und Interessenklubs⁹⁰ nichts. Sie weitete zwar die Möglichkeiten zum Zusammenschluss gesellschaftlicher Initiativen aus, stattdessen die Einzelperson aber nach wie vor nicht mit dem Recht zur Gründungsinitiative aus – dieses blieb einer Organisation (d. h. der Partei) vorbehalten.

Wenn also im Folgenden von den informellen Gruppen gesprochen wird, dann sind damit alle spontan entstandenen Gesellschaftsvereinigungen einschließlich der Bürgerrechts-, National- und Ausreisebewegungen gemeint, welche sich bewusst von den offiziellen Institutionen distanzierten und ohne eine juristische, die Tätigkeit dieser Gruppen legalisierende Grundlage agierten. Im Unterschied zu der Dissidentenbewegung früherer Jahre waren die Informellen jedoch keineswegs immer außerhalb der offiziellen Strukturen aktiv, sondern entstanden zum Teil auch aus staatlichen Institutionen, von denen sie sich dann aber emanzipierten. Zuweilen positionierten sie sich zwar mit ihrer Parallelarbeit auf einer anderen Ebene als die Bürokraten, kooperierten aber auch durchaus mit diesen, wenn es für sie von Nutzen war. Und selbst wenn es sich dabei um Gruppen sozialistischer Orientierung oder gar um die auf den ersten Blick unpolitischen Rockband-Gruppen handelte, die Legitimation sowjetischer Herrschaft war durch ihren bewussten Rückzug aus den parteistaatlichen Strukturen angegriffen.⁹¹ Mit ihren Aktivitäten nahmen sie – mit oder ohne Bezug auf die internationalen Menschenrechtsdokumente – das Recht auf Selbstbestimmung sowie die Organisations-, Meinungs-, Versammlungs- oder Religionsfreiheit wahr und stellten so die führende Rolle der Partei in Frage. Einen Schritt weiter gingen die Bürgerrechtsgruppen, die Ausreise- und die Nationalbewegungen, die mit einem direkten Bezug auf die Bestimmungen der KSZE-Schlussakte von der Staatsführung Verhaltensänderungen, d. h. bestimmte politische Maßnahmen und Reformen, einforderten.

Mit der zunehmenden Verbreitung der informellen Gruppen (1988 wurden 30 000, 1989 bereits 60 000 gemeldet)⁹² und der Ausweitung ihrer Tätigkeit bildete sich eine „informell-öffentliche“ Sphäre⁹³ heraus, welche die Verwischung der zuvor geltenden Grenze zwischen der „offiziell-öffentlichen“ und der „privat-öffentlichen“ Sphäre nach sich zog. Glaubt man den Angaben des Untersuchungszentrums der Komsomol-Hochschule vom März 1987, rechneten sich durchschnittlich 70% der befragten Jugendlichen schon zu diesem Zeitpunkt den informellen

⁹⁰ Ausführlich zu der alten und zu der neuen Verordnung, einschließlich deutscher Übersetzungen, siehe: Schmidt, Carmen: Sowjetisches Vereinsrecht, in: WGO-Monatshefte für Osteuropäisches Recht, Bd. 29, 1987, S. 109–123.

⁹¹ Altrichter, Russland, S. 98f.

⁹² *Pravda* vom 1. 2. 1988, S. 4; *Pravda* vom 10. 2. 1989, S. 1.

⁹³ Dieser Begriff geht auf Elena Zdravomyslova zurück und kann vergleichbar zu der oben dargestellten „privat-öffentlichen“ Sphäre verwendet werden, um die nicht-offiziellen Aktivitäten der späten sowjetischen Gesellschaft zu beschreiben. Zdravomyslova, Elena: *The Café Saigon Tusovka: One Segment of the Informal-Public Sphere of Late-Soviet Society*, in: Humphrey, Robin/Miller, Robert/Zdravomyslova, Elena: *Biographical Research in Eastern Europe. Altered Lives and Broken Biographies*, London 2003, S. 141–177.

Strukturen zu.⁹⁴ In den darauffolgenden Jahren stieg die Zahl der informellen Gruppen und damit auch ihr politischer Einfluss stark. Sie drangen zunehmend in die „offiziell-öffentliche“ Sphäre ein und wirkten meinungsbildend. Allein in Moskau gingen 1988 644 unerlaubte Demonstrationen mit 50 000 Teilnehmern auf die Initiative informeller Gruppen zurück.⁹⁵ Unionsweit zählte man 2600 „Meetings“ mit 16 Millionen Teilnehmern.⁹⁶ Darüber hinaus verbreiteten informelle Gruppen in der Zeit zwischen 1987 und 1990 über 1000 politisierte russischsprachige Presseausgaben („Zweiter Samizdat“), deren monatliche Gesamtauflage Mitte 1990 mit 700 000–800 000 Exemplaren beziffert wurde, was umgerechnet rund vier Millionen Leser bedeutete.⁹⁷ Die informellen Gruppen bestimmten die Wahlkämpfe vor den ersten halbfreien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989; sie brachten ihre Kandidaten ins neue Parlament; aus den informellen Milieus „rekrutierten“ sich die radikalen Reformer und Anhänger eines Systemwechsels; aus informellen Initiativen gingen die ersten Parteien hervor, die in Opposition zur KPdSU standen.⁹⁸ Die informellen Strukturen wurden so bereits zu Beginn des Jahres 1988 zu jenem kritischen, vom Parteistaat autonom existierenden und die Diskurse bestimmenden Akteur, der in den westlichen Demokratien oft als Öffentlichkeit bezeichnet wird. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hält es die Verfasserin dieser Arbeit für angebracht, im Zeitraum der Perestroika von einer „informellen Öffentlichkeit“ als einem kollektiven Akteur zu sprechen, welcher die Partei unter anderem auch mit westlich-liberalen Diskursinhalten konfrontierte und die zuvor bestehenden Sphären sowjetischer Öffentlichkeit nachhaltig veränderte. Wie noch zu zeigen sein wird, drangen die informellen Gruppen massiv in die „offiziell-öffentliche“ Sphäre ein, bestimmten diese immer mehr (etwa mit Demonstrationen) und formten die öffentliche Meinung. Die gesellschaftliche Bewegung ist dann ein Begriff, der die Gesamtheit dieser politischen Prozesse, die Zerstörung der totalitären Strukturen, in ihrer Dynamik beschreibt.⁹⁹

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen somit neben dem *offiziellen*, von der Partei dominierten Kommunikationsraum, der *informelle* Bereich, die darin produzierten und veränderten Diskurse sowie der Prozess der Verschmelzung beider Räume in der zweiten Hälfte der Perestroika (ab 1988/1989).

⁹⁴ *Komsomol'skaja Pravda* vom 11.12.1987, S.4. Laut diesem Artikel wurden insgesamt über 1500 Jugendliche befragt.

⁹⁵ „Novye javlenija v ideologiĳeskoj obstanovke v Moskve“, in: CAOPIM, F. 8723, op.1, d.1, l. 1–11.

⁹⁶ So der Stellvertretende Minister des Innenministeriums I. Šilov, in: SGI, Nr. 5, 1990, S. 29.

⁹⁷ Suetnov, Aleksandr: Samizdat. Bibliografiĳeskij ukazatel'. Katalog netradicionnyh izdanij (1985–1991), Moskau ²1992, S. 236.

⁹⁸ Altrichter, Russland; Glezin, Obščestvenno-politiĳeskie neformal'nye organizacii; Šubin, Paradoksy.

⁹⁹ Vgl. hierzu Vochmenceva, Galina: Die Neuformierung der politischen Kräfte in der Russischen Föderation. Ein Vergleich zwischen Peripherie und Zentrum am Beispiel von Sverdlovsk (I). Berichte des BIOst, Nr. 39, Köln 1991, S. 12.

Diese Arbeit erhebt nicht den Anspruch, die informellen Gruppen, deren Programmatik und Genese vollständig darzustellen, sondern konzentriert sich auf eine durch die politische Relevanz und Zugänglichkeit der Quellen begründete Auswahl. Geographisch legt sie den Schwerpunkt auf Moskau und das Baltikum mit gelegentlichen Ausblicken in andere Regionen. Ebenso wenig können und sollen folglich alle Aspekte der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse und der politischen Reformen vollständig beschrieben und analysiert werden. Stattdessen wird hier entsprechend der Erkenntniswerte für die aufgeworfenen Fragen vorgegangen, sodass einige Gesichtspunkte auf die gebotene Kürze reduziert werden müssen. Es sei an dieser Stelle auch davor gewarnt, diese Studie als Prüfung theoretischer Ansätze aus der Nachbardisziplin Internationale Beziehungen misszuverstehen. Die oben angeführten theoretischen Erläuterungen sollen lediglich zur Orientierung dienen, das „Ordnen“ der Empirie erleichtern und somit die Komplexität der KSZE-Wirkungen in der UdSSR nachvollziehbarer machen.

5. Quellen

Eine nicht weniger große Herausforderung als der kombinierte Erklärungsansatz stellte für diese Dissertation die sehr heterogene, schwer überschaubare und zugleich wegen Sperrfristen und landesüblicher Restriktionen eingeschränkte Quellenbasis dar. Während sich die einzelnen Quellengruppen zu den gesellschaftlichen Entwicklungen noch einander ergänzend aus verschiedenen Sammlungsbeständen zusammentragen ließen, waren die Untersuchung der sowjetischen KSZE-Politik und das Nachvollziehen einzelner Entscheidungen auf der Regierungsebene auf der Grundlage von Regierungsakten wegen der international gültigen Sperrfrist von 30 Jahren nur beschränkt möglich.

Insgesamt wurden für die vorliegende Untersuchung folgende Quellengruppen herangezogen: offizielle (staatliche Archivadokumente, Zeitungen, Stenogramme), informelle (Dokumente und Materialien der informellen Gruppen, die informelle Presse) und gesprochene (Interviews). Hinzu kommen die „auswärtigen“ Dokumentationen (Materialien von *Radio Liberty*, der *International Helsinki Federation – IHF*¹⁰⁰ – und anderer Menschenrechtsgruppen) sowie gedruckte Erinnerungen von Einzelakteuren. Darüber hinaus wurde umfassend die zum Thema vorhandene Sekundärliteratur genutzt. Sowohl daraus wie auch aus dem „Archiv der Gegenwart“ und aus den Materialien des Senders *Radio Liberty/Radio Free Europe* (RL/RFE) wurden Informationen über den ereignisgeschichtlichen Verlauf bezogen.

Um die politische Kommunikation innerhalb des Machtapparates, die Motivation für bestimmte Entscheidungen, insbesondere für die einzelnen Liberalisie-

¹⁰⁰ Die Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte wurde 1982 in Bellagio (Italien) nach einer gemeinsamen Konferenz nichtstaatlicher Helsinki-Gruppen als Dachorganisation mit Sitz in Wien gegründet.

rungsschritte, Gesetzesänderungen oder den Wandel sowjetischer KSZE-Politik nachvollziehen zu können, wurden Protokolle (vor allem der Gespräche im Politbüro), Reden und Gesetzesentwürfe, die überwiegend in staatlichen Zeitungen abgedruckt wurden, sowie staatliche Archivmaterialien herangezogen, sofern diese zugänglich waren. Von den gesichteten staatlichen Quellen haben sich die Bestände des „Staatsarchivs für Zeitgeschichte“ (Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv novejšej istorii, künftig: RGANI); des „Gorbačev Archiv“ (Fond Gorbačeva), des „Zentralen Archivs der gesellschafts-politischen Geschichte Moskaus“ (Central'nyj archiv obščestvenno-političeskoj istorii Moskvy, künftig: CAOPIM) und des „Staatsarchivs der Russischen Föderation“ (Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii, künftig: GARF) als ergiebig für diese Untersuchung erwiesen. Einzelne außen- und innenpolitische Entscheidungen auf der höchsten politischen Ebene ließen sich auf der Grundlage des Fond 89 im RGANI rekonstruieren. Die Sammlung beinhaltet über 3000 unveröffentlichte und geheime Dokumente des Politbüros, des ZK der KPdSU, des KGB und des MID, die infolge des KPdSU-Prozesses vor dem russischen Verfassungsgericht (1992) freigegeben wurden.¹⁰¹ Es handelt sich dabei jedoch um eine sehr intransparente und lückenhafte Aktenüberlieferung, auf deren Grundlage sich nur einige wenige uns hier interessierende Verhaltensänderungen erschließen lassen. Für die Einschätzung der staatlichen Reaktionen auf die gesellschaftliche Mobilisierung waren die Bestände der Moskauer KP im CAOPIM sehr ergiebig. Die Partei reagierte auf die informellen Gruppen mit der Bildung von Spezialabteilungen auf Stadtebene, deren Aufgabe es war, Materialien von und über die informellen Gruppen zu sammeln, zu erfassen, zu analysieren und auf deren Grundlage praktische Schritte der Einflussnahme zu erarbeiten. Die Bestände dieses Archivs enthalten deswegen neben den Einschätzungen der Partei auch eine Menge Primärquellen der informellen Gruppen, welche eine Aussage über deren gesellschaftlichen Aktivitäten erlauben. Viele Partei-Bestände analytischer Art konnten allerdings nicht eingesehen werden, weil sie noch als „geheim“ eingestuft und unzugänglich sind. Im GARF stand der Verfasserin der Fond 10007 zur Verfügung. Der Bestand stellt eine Sammlung der Briefe und Telegramme der sowjetischen Bevölkerung an die Volksdeputierten des 1989 neu gewählten Kongresses dar und ist für die Ermittlung des politischen Bewusstseins der Bevölkerung, der „von unten“ an den Staat kommunizierten Inhalte in der Zeit zwischen 1989 und 1990 von Bedeutung. In diesem Archiv wurde auch der gesonderte Fond von Fedor Burlackij (Fond 10031) ausgewertet, der viele Zuschriften aus der Bevölkerung an Burlackij in seiner Rolle als Volksdeputierter und Vorsitzender der offiziellen sowjetischen Menschenrechtskommission enthält.

¹⁰¹ Dieser wertvolle mikroverfilmte Fond ist in der Bayerischen Staatsbibliothek frei zugänglich. Vgl. Soroka, Lora (Hrsg.): *Archives of the Communist Party and Soviet State. Fond 89. Guide to the microfilm collection in the Hoover Institution Archives Communist Party of the Soviet Union on trial*, Stanford 2001; über den Fond 89 siehe auch: Kudrjavcev, I.: *Dokumenty Sekretariata i Politbjuro CK KPSS v CChSD*, in: *Otečestvennyje archivy*, Nr. 2, 1993, S. 82–90.